

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 140 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 9/2006 VOM 15. SEPTEMBER 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3/4 | **Von der bisherigen Politik die Schnauze voll!**
Vor der Bürgermeisterwahl

6 | **Politikum und Präzedenzfall**
»Rettet die Ahornallee bei Rüdnitz«

12 | **Visionen, Führungskraft und Kommunikation**
In Eberswalde wird gewählt

Soll dieses Viertel abgeschrieben werden?

Bisherige Nichtwähler im Brandenburgischen Viertel könnten die Bürgermeisterwahl am 29. Oktober entscheiden

Das Brandenburgische Viertel, vormals Max-Reimann-Wohngebiet, hat traditionell ein schlechtes Image. Mittlerweile trifft das allerdings hauptsächlich nur noch auf die Außensicht jener zu, die nicht im Viertel wohnen. Die Menschen, die dort leben, haben überwiegend eine positive Einstellung zu ihrem Wohngebiet. Immer mehr entwickelt sich die einstige Schlafstadt zu einem wirklichen »Kiez«. Die negativste Selbstdarstellung, die in der am 5. September im städtischen Bauausschuß vorgestellten Präsentation des Büros für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE) dargeboten wurde, lautete »Sammelbecken für sozial



Pralles Leben im Brandenburgischen Viertel symbolisiert diese Figur im »Märkischen Park«, der noch zum Zentrum des Viertels gehört. Baudezernent Dr. Gunther Prüger und seien Mitarbeiter sind nicht ohne Grund stolz auf das, was in den letzten fünfzehn Jahren im größten Plattenbauviertel Eberswaldes entstanden ist.

Benachteiligte«. Doch auch daraus schöpfen die Betroffenen eigenes Selbstbewußtsein für das Leben in »ihrem Kiez«.

Das Gefühl, zu den Ausgegrenzten zu gehören, drückt sich u.a. in der äußerst niedrigen Wahlbeteiligung aus. Daß die Gründe für dieses Gefühl durchaus berechtigt sind, zeigen »gutgemeinte« Hinweise, man solle doch dieses sich entwickelnde Kiez-Gefühl nicht zu sehr befördern, um spätere Enttäuschungen zu vermeiden. Auf besagter Bauausschußsitzung übernahm der sachkundige Einwohner der Fraktion Grüne/BFB Wolfram Hey den Part des gutmeinenden Skeptikers. »Lohnt sich der bisher geleistete Aufwand für das Viertel überhaupt«, fragte er, »wenn dort perspektivisch nur noch 5.200 bis 5.500 Menschen wohnen?«

Derzeit wohnen noch rund 8.000 Menschen im Brandenburgischen Viertel. Etwa zwanzig Prozent der Eberswalder. Selbst nach den düstersten Prognosen wird 2020 noch ein Sechstel der Eberswalder Bevölkerung im Brandenburgischen Viertel leben. Sollen diese Menschen abgeschrieben werden?

In der Studie zur Bevölkerungsentwicklung der Ernst Basler + Partner GmbH wird hierzu Klartext gesprochen: »Trotz Bevölkerungsverlust auf der Gesamtstadtebene können einzelnen Bezirke Wanderungsgewinne erzielen, je nach Attraktivität des Bezirks. Dies setzt eine konsequente Stadt-

entwicklungspolitik mit entsprechenden Angeboten voraus. Diese stadtinternen Wanderungsgewinne bedeuten immer, daß andere Bezirke weitere Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen. Die Stadtmitte gewinnt insbesondere zu Lasten von Finowtal (das ist im wesentlichen das Brandenburgische Viertel - gm) an Einwohnern. Die Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken ist auch in Zeiten der Schrumpfung durch attraktive Ausstattungen und Wohnungsangebote beeinflussbar.«

Die Bevölkerungsentwicklung ist also beeinflussbar. Die Entscheidungen der letzten Monate gingen hier eindeutig zu Lasten des Brandenburgischen Viertels. Trotz des schönen

und teuren Stadtumbau- und -entwicklungsprogramms. Hier wurde – trotz vorhandener Alternativen – eine wichtige Kita geschlossen. Und hier will der Landkreis – mit Duldung der Stadtverordnetenmehrheit – die vorhandene schulische Struktur zerstören. Das mit der Perspektive des Viertels befaßte Stadtplanungsbüro plant dementsprechend den Stadtumbau vor allem als Stadtrückbau.

Nicht zuletzt fällt hier den Bewohnern des Viertels ihre ausgesprochene Wahlabstinz auf die Füße. Denn in der Stadtverordnetenversammlung sind sie völlig unterrepräsentiert. Entsprechend ihres Einwohneranteils müßten sei sieben Plätze in der StVV besetzen. Tatsächlich gibt es nur einen Stadtverordneten, der im Brandenburgischen Viertel wohnt (vgl. »Wer regiert uns eigentlich?« in BBP 6/2006).

Der Lobby privater Immobilienmakler und Planungsbüros, die an stabilen Immobilienpreisen in der Eberswalder Stadtmitte interessiert sind, können die Bewohner des Brandenburgischen Viertels momentan nur wenig entgegensetzen. Mit der aktuellen Bürgermeisterwahl könnte sich das ändern. Einem Kandidaten, dem es gelingt die Nichtwähler im Brandenburgischen Viertel zu mobilisieren, könnte gegenüber seinen Wahlkonkurrenten einen entscheidenden Vorteil erringen.

GERD MARKMANN

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

AM 25.9. IM LEIBNITZVIERTEL (VOR DEM STREBEDT-HAUS). BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Aussichten

Die Behörden strengen sich an, um Eberswalde zu verschönern. Die Bundesrepublik baut in Eberswalde für viel Geld einen neuen Kanal, auf dem man bis nach Hamburg fahren kann. Das Land Brandenburg schafft es noch vor dem Tag der Einheit, die seit Jahren nervende Baustelle an der Eisenbahnbrücke fertig zu stellen. Der Landkreis baut mitten im Zentrum ein schickes neues Landratsamt mit vielen Läden und künstlerischem Anspruch. Die Stadt werkelt eifrig am Bahnhofsvorplatz, am Konsumentkaufhaus und am Marktplatz. Ein wirklich erfolgreiches Jahr. Warum wohl freuen sich die Leute nicht ein bißchen darüber?

Statt dessen miese Stimmung. Man redet über Korruption und Amtsmissbrauch, Kriegsgefahr, Terrorismus und Gammelfleisch. Die Intellektuellen suchen krampfhaft nach einem neuen Leitbild. Was ist nur los? Jeder Blinde erkennt doch, daß sich die Verantwortlichen mächtig angestrengt haben. Vor dem Bau fanden Befragungen und Wettbewerbe statt. Das Stadtparlament hat getagt, die Zeitungen berichteten und der letzte Nörgler konnte im Planfeststellungsverfahren seine Anträge stellen. Da gibt es nichts zu meckern, alles legal und demokratisch. Soviel, wie in diesem Jahr wird so bald nicht mehr entstehen.

Jetzt geht's darum, sich zu freuen und die Bauwerke und Gebäude zu benutzen. Die Freude über das Neue bleibt aber aus. Die Bauherren können das nicht verstehen. Da strengt man sich an, um aus allen möglichen Haushalten das Geld zusammenzukratzen, beantragt Fördermittel und nimmt Kredite auf. Und dann freuen sich die Leute nicht. Woran das wohl liegt? Ist es allgemeiner Frust, Ostler-Mentalität oder Reizüberflutung? Können sich die Leute nicht mehr freuen? Oder können sei ihre Freude nur nicht richtig ausdrücken?

Die Erklärungen laufen ins Leere. Die Leute sind wie sie sind und keinesfalls schuld, daß sie schlecht drauf sind. Die Verantwortlichen müssen einfach und deutlich sagen, was los ist. So, daß man es auch verstehen kann.

Folgende Sätze als Anregung:

Hier in unserer Stadt wurde großartiges geschaffen, könnte man sagen. Eure Angestellten und Beamten haben sich für Euch mächtig angestrengt. Nun sollt Ihr das Beste aus Euren Bauwerken machen. Nutzt die Chance, um Eurer Leben zu verbessern. Freut Euch mit uns, schaut Euch die Bauwerke an. Laßt Euch deren Funktionen und Innovationen erklären. Überlegt Euch, wie man die Gebäude und Plätze noch verschönern könnte. Sprecht darüber, zeigt die schönsten Stellen dem Nachbarn und den Gästen. Fotografiert die neuen Ansichten. Malt ein Bild oder schreibt einen Aufsatz. Auf jeden Fall nutzt Eure Häuser, Straßen und Plätze. Denn soviel Zeit muß einfach sein, bevor man sich Neues vornimmt.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Zum Weltfriedenstag am 1. September:

Kampfeinsätze nur bei Hochwasser!

»Kampfeinsätze der Bundeswehr nur bei Hochwasser!« Unter dieser Überschrift erinnerte das Friedensbündnis Eberswalde am 1. September an die Opfer der Kriege. Der Text des verteilten Flugblattes weist mahnd auf aktuelle Entwicklungen hin: Pünktlich zum Weltfriedenstag drängen deutsche Politiker und Militärs auf Kampfeinsätze der Bundeswehr.

- In Afghanistan sollen deutsche ISAF-Truppen auch im umkämpften Süden als US-Hilfstruppe eingesetzt werden. Damit würden die Deutschen im Sumpf der afghanischen Kriege stecken, deren Ende nicht absehbar ist.
- Im Nahen Osten verspielt die Bundesrepublik die Möglichkeiten, als neutraler Staat im Konflikt zu vermitteln,
- durch Lieferung von Hightec-Angriffswaffen

an Israel (obwohl Waffenlieferungen in Krisengebiete bei uns verboten sind),
– durch einseitige Blockade der libanesischen Küste ohne Waffenembargo gegen Israel,
– durch Entsendung von Truppen mit »robustem Mandat«, die zwar schießen dürfen, aber nicht auf Israelis. Damit wäre Deutschland Konfliktpartei. Bei Vorgehen der USA gegen Iran würde die Bundeswehr mitten im nächsten Nahostkrieg stecken.

Wir fordern daher:

- **Bundeswehr raus aus Afghanistan!**
- **Keine deutsche Truppen in den Nahen Osten!**
- **Friedenspolitik im deutschen Interesse, statt Hilfestellung für die Weltherrschaftspläne von Präsident Bush!**

ROLF RICHTER,
Bündnis für den Frieden Eberswalde

JAHRE FÜR JAHRE WERDEN JENE WENIGER, DIE DEN ERSTEN WELTKRIEG ERLEBTE, EINE GENERATION TRITT INS LEBEN, DIE AUCH DEN ZWEITEN NICHT KENNT. UNSER LEBEN GEHT ZU ENDE; ICH SPRECHE VON MEINEN ALTERSGENOSSEN. VERGESSEN ABER KÖNNEN WIR NICHTS. DIE LETZTEN ELF JAHRE WIDME ICH FAST ALLE MEINE KRAFT DEM FRIEDENSKAMPF... ICH DENKE AN DAS JAHR 1916 - AN UNSRE OHNMACHT, UNSRE VERZWEIFLUNG. WENIGSTENS ETWAS, EINE WINZIGKEIT ZUR ERHALTUNG DES FRIEDENS TUN! ICH KEHRE DESCARTES' WORTE UM: ÜBER DEN SINN DES LEBENS MAG MAN VERSCHIEDEN DENKEN, DOCH UM ZU DENKEN, MUß MAN SEIN. ICH BLICKE AUS DEM FENSTER UND SEHE EINEN DREIKÄSEHOCH; ER MACHT EIN ERNSTES GESICHT, RIESIGE FILZSTIEFEL HAT ER AN... DIESER DESCARTES IST ACHT JAHRE ALT. ER DENKT BEREITS. WAHRSCHEINLICH WIRD ER DAS ZU ENDE DENKEN, WAS ZU BEDENKEN UNS NICHT RICHTIG GELANG. BLOß MUß ER DAZU LEBEN BLEIBEN!

LLJA EHRENBURG, Menschen - Jahre - Leben Bd. I, Berlin, Volk und Welt 1982.

Ilja Ehrenburg (1891-1967), sowjetischer Schriftsteller und Dichter jüdischer Herkunft, Vizepräsident des Weltfriedensrates.

Gedenken an Opfer des Faschismus



Am Sonntag, dem 10. September, 10 Uhr, legten etwa ein Dutzend Eberswalderinnen und Eberswalder in stillem Gedenken Blumen am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Karl-Marx-Platz in Eberswalde nieder.

»Flughafenprojekt gehört in die Tonne«

Wir Anwohner begrüßen das klare Nein aus Berlin zum Flughafenausbau in Finow. Das Nein entspricht den getroffenen Vereinbarungen und auch der Interessenslage der Länder Berlin und Brandenburg. Wie auch das Land Berlin, werden wir Anwohner unsere Einwendungen im Raumordnungsverfahren gegen den Ausbau einbringen. Es gibt keine Akzeptanz für einen Ausbau auf 85 Tonnen Flieger im Tag- und Nachtflug bei einer Million Passagieren in Finow.

Seit über 7 Jahren gaukelt der Kreis Barnim den Bürgern etwas vor und setzt das Flughafenprojekt an vorderster Stelle. Flughafenplanungen sind Ländersache und im Falle der

Länder Berlin und Brandenburg gibt es eine gemeinsame Landesplanung. Jeder nur mittelmäßig begabte Grundschüler kann diese Zusammenhänge in 7 Minuten erfassen.

Die Flughafenplanungen werden auch nicht dem freien Markt überlassen, wie der ehemalige Kranbauer und jetzige Flughafenentwickler Herr Wolk glaubt. Es wäre schlimm, wenn jeder ahnungslose und eitle Provinzpolitiker für den Steuerzahler ein Millionengrab für unrentable Regionalflughäfen aufreißen kann. Der Start-Wahn Barnim hat in Finow schon viele Millionen vernichtet. Das Flughafenprojekt gehört deshalb unverzüglich in die Tonne.

THOMAS GILLES

Veranstaltung des Hotel- und Gaststättengewerbes

Von der bisherigen Politik die Schnauze voll!

Eberswalde (bbp). Für die beiden Kandidaten der im Bund und im Land regierenden Parteien CDU und SPD geriet der Auftakt im Wahlkampf um das Amt des Bürgermeisters in Eberswalde ziemlich unglücklich. Die Unterstützer der beiden stellten zunächst vor allem deren Verwaltungserfahrung in den Mittelpunkt ihrer Argumentationen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß viele Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltungsbürokratie eher negative Assoziationen verbinden. Wie zum Beweis dieser Vorurteile boten Carsten Bockhardt (CDU) und Thomas Engel (SPD) beim ersten gemeinsamen Auftritt der fünf Bürgermeisterkandidaten am 28. August vor Vertretern des Hotel- und Gastgewerbes eher blasse Auftritte. Für einen Mann mit seiner politischen Erfahrung zeigte sich Thomas Engel unerwartet unprofessionell und schlecht vorbereitet. Einzige glaubwürdige Motivation für seine Kandidatur scheint der Wunsch nach dem zu Fuß zu erreichenden Arbeitsplatz im Rathaus zu sein, um nicht jeden Tag ins ferne Nauen fahren zu müssen. Daß Thomas Engel der Rauhschmieß aus der Kreisverwaltung im Zusammenhang mit der sog. »Rettungsdienststaffäre« noch immer schmerzt, war deutlich spürbar. Ebenso deutlich aber auch die Scheu, seinen damaligen Chef, für den er als Bauernopfer herhalten mußte, offen anzugreifen.

Umgekehrt gibt es da keine Scheu. Das zur ersten Wahlveranstaltung der Eberswalder Bürgermeisterkandidaten entsandte RBB-Fernsehteam hatte offenbar nur die eine Aufgabe, über den SPD-Kandidaten Thomas Engel den Stab zu brechen.

Mit solcherart Widerständen hat der CDU-Kandidat Bockhardt nicht zu kämpfen. Allerdings scheint dessen Wille zum Kampf ums Bürgermeisteramt nicht allzusehr ausgeprägt zu sein, nicht nur weil ihm im Allein-Streit der Wind ins Gesicht bläst. Auf Probleme im Zusammenhang mit diversen Bildungsverein und der zu geringen Bereitschaft zur betrieblichen Ausbildung angesprochen erklärte Bockhardt, daß er sich als Kreiswirtschaftsdezernent darum kümmern und sich mit den Betroffenen an einen Tisch setzen werde. Allerdings – wegen der damit verbundenen Emotionen – erst nach dem Wahlkampf. Der CDU-Kandidat rechnet offenbar nicht mit einer für ihn erfolgreichen Wahl.

Einen starken Auftritt legte FDP-Kandidat Friedhelm Boginski hin. Als Lehrer weiß er die richtigen Worte, um sein Anliegen an den Zuhörer zu bringen. Auch merkt man ihm die politische Erfahrung an, die er in den vergangenen Jahren durch seine Arbeit als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung erlangen konnte. Sein Bestreben, in der Stadt für Demokratie und Transparenz zu streiten, kommt glaubhaft an. Er will die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen.

Die Schulpolitik, bei der Boginski in den letzten Monaten seinen eigenen Politikan-spruch konterkarierte, kam bei der Diskussion mit dem Gaststätten- und Hotelgewerbe freilich nicht zur Sprache.

Dem Linkspartei-Kandidaten Hann-Dieter Hartwig merkte man die Unsicherheit des Neulings auf der Politikbühne an. In der kurzen Zeit seit der Nominierung hatte es sein

Wahlkampfteam zudem noch nicht vermocht, ihn umfassend in die Probleme der Eberswalder Politik einzuführen. Allerdings merkte man auch seinen Unwillen, den einladenden Gastwirten quasi als Heilsbringer fertige Konzepte vorzusetzen. Hann-Dieter Hartwig verfolgt vielmehr einen kommunikativen Ansatz. Lösungen für die Probleme können nur von den Betroffenen selber kommen. Als Bürgermeister will er dafür sorgen, daß diese Lösungen eine Chance zur Entfaltung bekommen.

Als Vertreter des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde« grenzte sich Hartwin Schulz wortgewandt und selbstbewußt von den vier Parteienvertretern ab und redete auch den Hotel- und Gastwirten nicht nach dem Munde. Während die anderen Kandidaten auf eine direkte Polemik weitgehend verzichteten, nahm Hartwin Schulz kein Blatt vor den Mund. »Wir Eberswalder Bürger haben von der bisherigen Politik die Schnauze voll«, rief er in die Runde. Es war der Schulkandal, die Art und Weise, wie am mehrheitlichen Bürgerwillen vorbei die Schließung der Albert-Einstein-Schule betrieben wurde und wird, die ihn letzten Endes zur Kandidatur bewogen habe. Der Druck auf die Bürger, die Versuche kritische Stimmen mundtot zu machen, müßten aufhören, sagt er. Er stehe für neuen Wind und neues Denken in dieser Stadt.

Die bündnisgrüne Kandidatin Karen Oehler nahm an der ersten Wahlveranstaltung aller Bürgermeisterkandidaten nicht teil. Ihre Partei hatte sie erst eine Woche danach für die Bürgermeisterkandidatur vorgeschlagen. Ihre offizielle Nominierung erfolgt am 19. September.

Karen Oehler kandidiert für Bündnis 90/Die Grünen:

Mit klaren Vorstellungen zur Stadtentwicklung

Die langjährige Ortsbürgermeisterin von Eberswalde-Mitte, Karen Oehler (48), wird als Kandidatin für Bündnis 90/Die Grünen zur Bürgermeisterwahl in Eberswalde antreten. Dafür sprach sich gestern die große Mehrheit der Barnimer Bündnisgrünen in der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes aus.

Karen Oehler ist Stadt- und Regionalplanerin. Nach ihrem Studium in Weimar zog sie 1984 nach Eberswalde und wurde Mitarbeiterin im Stadtplanungsamt. Nach der Geburt ihres 3. Kindes Anfang der 90er Jahre gab sie das Berufsleben vorerst auf und engagierte sich fortan ehrenamtlich für die Entwicklung ihrer Stadt. Zunächst in der Altstadtinitiative und im Verein für Heimatkunde und seit 1999 als Ortsbürgermeisterin für die Stadtteile Innenstadt und Ostend.

Seit der Kommunalwahl 2003 ist Karen Oehler auch Stadtverordnete für Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied der Fraktion Grüne/BFB. Mit großem Engagement arbeitet sie

seitdem im Ausschuß für Schule und Kita sowie im Ausschuß für Bauen, Planung und Umwelt. Besonders am Herzen liegen ihr die Fragen der Stadtentwicklung und die Gestaltung der Innenstadt. Ausdruck dafür ist auch ihre Arbeit als Stellvertretende Vorsitzende des Sanierungsbeirates.

Bekannt wurde die ambitionierte Hobbyfotografin auch durch ihren Bildband über Eberswalde und den inzwischen schon in 4. Auflage erscheinenden Eberswalder Jahreskalender.

Wir sind überzeugt, daß Karen Oehler eine gute Bürgermeisterin für Eberswalde wäre. Sie hat Durchsetzungsvermögen, klare Vorstellungen über die Ziele der Stadtentwicklung und legt das Augenmerk auf die langfristigen Wirkungen von Entscheidungen.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Sprecher des Kreisverbandes



Analyse zu 1-Euro-Jobs

Berlin (ver.di). Der DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, hat in diesem Sommer eine Analyse zum Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik in Berlin-Brandenburg vorgelegt. Der Pressesprecher des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg Dr. Andreas Splanemann erklärt dazu: »Auch in der Region Berlin-Brandenburg hat das sog. Hartz-Konzept die Erwartungen nicht erfüllt: Auf die Problemgruppen wie Langzeitarbeitslose wurde Druck ausgeübt statt sie zu fördern; sog. 1-Euro-Jobs ohne Perspektive Richtung 1. Arbeitsmarkt verdrängen zunehmend reguläre Jobs und dringend notwendige Weiterbildung wird nur noch klein geschrieben.« Darüber könne auch die angezettelte Mißbrauchsdebatte nicht hinwegtäuschen. Splanemann empfiehlt daher die Analyse des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, ausdrücklich zur Lektüre. Die Analyse kann unter folgendem Link eingesehen werden: http://www.aki-stuttgart.de/bbp/DGB_Analyse_AMP_2006.rtf.

Neckermann macht`s möglich...

Anders kann man das personelle Aktionsangebot im kommunalpolitischen Sommerschluß der Linkspartei.PDS nicht bewerten. Als aufmerksamer Beobachter der öffentlichen Nominierungsveranstaltung des Bürgermeisterkandidaten der Linkspartei.PDS hatte ich den Eindruck, daß nicht die Interessen von Wählerinnen und Wählern in Eberswalde im Vordergrund stehen, sondern daß es um machtpolitische Positionen im Vorfeld des Kommunalwahlkampfes 2008 und der Landtagswahl 2009 geht.

Es ist schon bemerkenswert, wenn die Linkspartei, die das Abwahlprocedere initiiert hat, sich jedoch mit der Nominierung so viel Zeit gelassen hat und damit fast in der parteipolitischen Illegalität und Konspiration abgetaucht war. Scheinbar hat der Vorstand des Stadtverbandes es nicht für nötig gehalten, seine eigene Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig in den Nominierungsprozeß einzubinden. Die kämpferischen Diskussionsbeiträge

der »Marktschreier« Ralf Christoffers, Mitglied der Landtagsfraktion, und Lutz Kupitz, beide Niederbarnimer, haben bei mir den Eindruck hinterlassen, daß die Basisgruppe »Am Markt« der Linkspartei die eigentlichen Macher im Nominierungsverfahren waren und der Vorstand des Stadtverbandes und die Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung eine Statistenrolle zugeteilt bekam.

Wenn es 2004 im Landtagswahlkampf hieß: »Armut per Gesetz«, was ihnen viele Stimmen und Mandate einbrachte, wird man im Bürgermeisterwahlkampf nicht so einfach auf Stimmenfang gehen können, denn die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Auch deshalb, weil sich eine große Enttäuschung über die Linkspartei in unserer Stadt, insbesondere im Milieu von sozial Benachteiligten, breit gemacht hat. Der Kandidat der Linkspartei.PDS, Hann-Dieter Hartwig, wäre gut beraten, sich umgehend mit den Detailfragen und Problemen dieser Stadt vertraut zu machen.

Begrüßenswert ist, daß er sich in seiner Nominierungsvorstellung deutlich zu seiner SED-Vergangenheit bekannt hat. Dies steht im Gegensatz zum recycelten Kandidaten der SPD, Thomas Engel, der dies in seiner Biographie verleugnet sowie total ausblendet.

Ich finde es schade, daß sich das linke Spektrum vor Ort zersplittert und dies auch mit Blick auf das »Demokratische Bündnis für Eberswalde« mit dem potentiellen parteilosen und linksorientierten Kandidaten Hartwin Schulz, der sich bereits vor dem Abwahlverfahren den Bürgerinnen und Bürgern von Eberswalde als personelle Alternative des skandalfreien Neuanfangs angeboten hatte. Die Kandidaten des bürgerlichen Lagers, Friedhelm Boginski und Carsten Bockhardt, könnten letztendlich davon profitieren. Doch die entscheidende Frage wird sein, wer das große Nichtwählerpotential mobilisieren und für sich gewinnen kann.

CARSTEN ZINN, Eberswalde

Anzeige

*Liebe Eberswalderinnen,
Lieber Eberswalder*

Ich bin Hann-Dieter Hartwig, 53 Jahre alt, leidenschaftlicher Barnimer, ich bin von der Linkspartei.PDS Eberswalde als Bürgermeisterkandidat nominiert worden.

Ich will unserer Stadt mit Ihnen gemeinsam wieder eine Perspektive geben.

Sie haben sich genau mit dieser Absicht in den letzten Jahren sehr engagiert. Es ist dabei viel Positives für die Stadt entstanden. Doch das selbstherrliche Agieren verantwortlicher Politiker hat manches davon zerstört. Sie haben das erkannt und sich auf demokratischem Weg für Neuwahlen entschieden.

Am 29. Oktober wählen Sie nun einen neuen Bürgermeister. Es ist Ihre Chance, die Zukunft unserer Stadt wieder in eigene Hände zu nehmen. Ich will Ihnen dabei helfen.

Ich sehe die Perspektiven unserer Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam Visionen entwickeln. Gestalten Sie mit mir unsere Zukunft jenseits von Kungelrunden und Beziehungspolitik.

Mir sind dabei die sozialen Probleme der Menschen unserer Stadt genauso wichtig, wie die wirtschaftliche Entwicklung.

Wir brauchen zur Gestaltung unserer Zukunft die Partner aus der Wirtschaft ebenso, wie die Wissenschaftler und Studenten der Fachhochschule, die Macher der kulturellen, sportlichen, touristischen und gesellschaftlichen Vereine und Verbände und die sozialen Bewegungen der Stadt. Wir brauchen dazu auch die Partner aus dem Umland, dem Barnim, der Region.

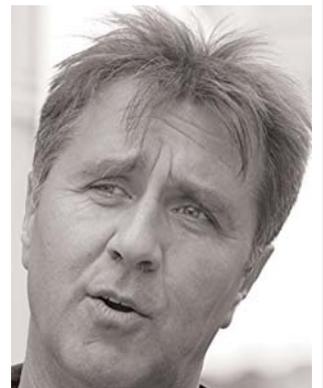
Ich möchte mit Ihnen die positiven Ansätze der letzten Jahre aufnehmen. Ich will mit Ihnen auf dieser Basis einen Neuanfang wagen. Ich will für Sie da sein – für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger.

Unbelastet und frei von der Verstrickungen der Vergangenheit will ich ein Bürgermeister sein, mit den Sie sich identifizieren können. Ich will transparent arbeiten und Entscheidungen immer mit Ihnen treffen. Ich will uns gemeinsam Mut für die Zukunft machen.

Dafür stehe ich.

Hann-Dieter Hartwig

Ihr



Hann-Dieter Hartwig

DIE LINKE. PDS

Hann-Dieter.Hartwig@linkspartei-pds-barnim.de

Ausschuß Schulen und Kitas der Stv Eberswalde:

Demokratie nach Gutsherrenart

Erste Sitzung des Ausschusses nach der Sommerpause am 6. September. Auf der Tagesordnung: »Stand der Verhandlungen mit dem Landkreis Barnim bzgl. des Vertrages zur Kindertagesbetreuung sowie zur Abgabe der weiterführenden Schulen«, danach Diskussion zur Schulentwicklungsplanung/Grundschulen.

Dazu informierten der amtierende Bürgermeister Landmann und Kreisdezernent Dr. Mocek. Landmann berichtete von den Verhandlungen mit der Kreisverwaltung und erwartete bis Ende des Monats einen Vertragsentwurf zu den Kitas. Er sah allerdings noch keinen Lösungsansatz für den eigentlichen Konflikt, dem Ausmaß der Finanzierung durch den Landkreis. Der Landrat hatte auf dem letzten Kreistag erklärt, daß der Kreis die Kitas übernehmen müsse, wenn bis Ende Oktober kein Vertrag zustande kommt. Die Kündigung der Verträge hatte Unruhe ausgelöst, weil – wohl zu Recht – befürchtet wurde, der Kreis könne auch Eingriffe im Kitanetz vornehmen, um Sparpotentiale zu erschließen. Jedenfalls kann der Kreis auf diese Weise Druck aufbauen, um seine Sparpolitik so oder so fortzusetzen. Mocek kündigte schon mal an, bei wieder steigender Kinderzahl könne die Pauschale je Kind sinken, weil das Land den Finanzrahmen nicht erweitern wird.

Zu den Schulen teilte Landmann mit, er habe vor der Sitzung einen Vertragsentwurf der Kreisverwaltung erhalten, der nach Prüfung durch die Verwaltung den Stadtverordneten zugehen soll. Auf Anfrage meinte er, Stadt und Kreis seien einig, daß der Grundschulstandort Mitte »im Gebäude der Grundschule Mitte« erhalten bliebe. Der Pferdefuß dieser Aussage wurde schnell klar.

Dr. Mocek nutzte die Gelegenheit, um – nicht vorgesehen und eigentlich außerhalb der Tagesordnung, aber vom Vorsitzenden geduldet – in einem halbstündigen (!) Vortrag seine »Eckpunkte« der Schulentwicklung darzustellen und für sie zu werben. Das von einem informellen »Bildungsgipfel« »bestätigte« Papier sieht für die Stadt Eberswalde nur noch zwei weiterführende Schulen vor. Die Stadt hatte aller-

dings bisher das Gebäude der Grundschule Mitte verweigert, das für die fünfzügig (!) geplante Goethe-Oberschule nötig ist. Als Ausweg aus dem Dilemma möchte Mocek nun die Grundschulen Westend und Mitte mit den jeweiligen Oberschulen fusionieren und in Trägerschaft des Kreises übernehmen. Für die Stadt ist zunächst die Aussicht verlockend, von weiteren Kosten entlastet zu werden. Zu befürchten ist allerdings, der Kreis könnte »seine« Grundschulen dann nach Belieben an andere Standorte verlagern oder einen Grundschulteil ganz einsparen, ohne daß die Stadt Einwirkungsmöglichkeiten hätte. Der Trick ermöglichte dann die »große« Goethe-Schule durch die kalte Küche.

Die plötzliche Schulgießer muß allerdings überraschen, wenn man dem Landrat seine Finanznot glauben will.

Der Vortrag Moceks erforderte eine Antwort. Als ich aber als sachkundiger Einwohner Kritik an den »Eckpunkten« vorbrachte, entzog mir der Vorsitzende Hans Pieper (Linkspartei.PDS) das Wort mit der Begründung, eine Diskussion sei nur zu den Grundschulen zulässig und die Einwände seien alle »schon mal vortragen« worden (was nicht zutraf). Pieper übersah, daß die Tagesordnung den Punkt weiterführende Schulen mitenthielt, daß die Mocekschen Ausführungen dorthin gehörten und natürlich zur Diskussion stehen mußten. Nicht zum ersten Mal erwies sich Pieper als unfähig, korrekt nach der Geschäftsordnung zu verfahren: Geschäftsordnungsanträge stellte er weder zur Diskussion noch ließ er sie abstimmen; der Moceksche Vortrag hatte die Tagesordnung verändert, ohne daß Pieper darauf reagierte. Offenbar sollte aber auch Kritik an den »Eckpunkten« verhindert werden.

Das verwundert, denn die Linksfraktion des Kreistags bekämpft dieses Papier, die Stadtfraktion offenbar auch – sonst hätte sie nicht versucht, die an den Kreis abgegebenen Schulen zurückzuholen. Vor der Bürgermeisterwahl sollte die städtische Linkspartei endlich klären, wie ihre Schulpolitik aussieht.

ROLF RICHTER

Schulentwicklungsplanung

Am 6. September stellte Kreisdezernent Jörg Mocek das Konzept des Landkreises zur Schulentwicklung in Eberswalde dem städtischen Ausschuß für Kitas und Schulen vor. Der Vorschlag, die Grundschulen in die Oberschulstandorte zu integrieren, ist zu begrüßen.

Allerdings sollte dieses Konzept nicht auf die Standorte Mitte und Westend beschränkt bleiben. Das Ansinnen, diese beiden Schulstandorte in Trägerschaft des Landkreises, die anderen drei Grundschulen aber bei der Stadt zu belassen, wird unweigerlich ein Zweiklassenschulsystem in Eberswalde zur Folge haben. Das Ideal gleicher Bildungschancen würde zu einem Relikt vergangener Zeiten.

Darauf, wie auf die Erfordernisse der Eberswalder Stadtentwicklung, nehmen die Verantwortlichen im Kreis leider keine Rücksicht.

In äußerst knapper Entscheidung hat die StVv im Juni die Rücknahme des Beschlusses zur Abgabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis abgelehnt. Die aktuellen Vorschläge des Kreises sind Beleg dafür, daß die Entscheidung falsch war, die Trägerschaft der Grundschulen und der weiterführenden Schulen voneinander zu trennen.

Die Trägerschaft der Schulen muß wieder zusammengeführt werden. Und zwar in die Verantwortung der Stadt. Die drei Oberschulstandorte Mitte, Westend und Brandenburgisches Viertel sollten dauerhaft erhalten werden. Die Anregung der Kreisverwaltung, die Grundschulen in die Oberschulstandorte zu integrieren sollte aufgenommen werden. Dabei müssen auch die Grundschulen »Bruno H. Bürger« und »Finow«, die nicht in räumlichen Zusammenhang mit den Oberschulen stehen, Berücksichtigung finden.

Die Neuwahl des Eberswalder Bürgermeisters bietet die Chance, auch bei der Schulentwicklung einen Neuanfang zu wagen.

GERD MARKMANN,

Stadtverordneter in Eberswalde

Staatsvertrag aushandeln

Daß die für dieses Jahr ausgehandelte Lösung für den Schulbesuch von Ahrensfelder Schülerinnen und Schülern keine endgültige Lösung darstellt, mußte allen klar sein. Insofern ist es verständlich, daß die Aktivitäten in Ahrensfelde eine dauerhafte Lösung im Interesse der Schülerinnen und Schüler fordern. Im Rahmen der Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes Berlin-Brandenburg muß deshalb die gemeinsame Schulentwicklung einen wesentlichen Stellenwert einnehmen. Nicht Standortwettbewerb um die Auslastung bzw. Neuerrichtung von Schulen ist die Lösung, sondern Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schul- und Bildungsplanung. Nach der Wahl in Berlin sind darum schnellstens die Neuverhandlungen zum Staatsvertrag zur Regelung des länderübergreifenden Schulbesuches zu eröffnen.

RALF CHRISTOFFERS

Kommentare zu den »Eckpunkten«

Auf dem »Bildungsgipfel« haben den »Eckpunkten« zugestimmt: die Vertreter von Kreisschulbeirat und Kreiselternrat (sie sind Niederbarnimer und mit den Verhältnissen in Eberswalde nicht vertraut) sowie als einziger Eberswalder ein Schulleiter, der von dem Mocekschen Plan profitiert. Das zum Wert dieser Zustimmung.

Dr. Mocek ignoriert die Wirkung des sozialen Umfeldes der Schulen, das sich auf die Ergebnisse ihrer Arbeit auswirkt und das Elternwahlverhalten beeinflusst (deutliche Schülerselektion). Die Etablierung der zwei Schulstandorte West und Mitte wird die Unterschiede zwischen den Schulen nicht beseitigen, sondern infolge verstärkter Selektion die sozialen Probleme noch verschärfen – am Schulstandort West und im Stadtteil Finowtal. Außerdem werden aus Finow Schüler nach Finowfurt abwandern, womit die Gefahr von Einwohnerverlusten steigt – beides kann nicht im Eberswalder Interesse liegen. Nach den Schülerprognosezahlen, die Dr. Mocek dem Bildungsausschuß des Kreises nicht vorlegte, sind auch drei Schulstandorte möglich. Das Modell der »Eckpunkte« ist nicht zwingend und für ausgewogene Stadtentwicklung schädlich.

Baumuntersuchung

Rüdnitz (bbp). Der Waldökologe Dr. Andreas Steinert hat am 10. September gemeinsam mit einem der, wie Steiner sagt, besten Dendroentomologen Deutschlands einen halben Tag lang die Allee an der K6005 untersucht. Dabei kommt Dr. Steiner zu folgenden Aussagen:

– *Die Restlebenszeit von 15-20 Jahren (Gutachten Prof. Rudolph) für die Allee ist nicht haltbar. Die Allee befindet sich im Vergleich zu anderen Brandenburgischen Alleen generell in einem mittleren Zustand, wobei die Abschnitte hinsichtlich der Vitalität sehr unterschiedlich sind (Linden und Bergahorn gut, Spitzahorn schlechter). Mit vereinzelt Baumausfällen ist in den nächsten Jahren zwar zu rechnen. Einige Jahrzehnte sind aber als Restlebenszeit für Mehrheit der Bäume drin.*

– *Die vielen Astlöcher und Höhlen (verursacht durch nicht-fachgerechte Astschnitte zu nahe an den Stämmen nach der Wende) eignen sich ggf. als Fledermausquartiere.*

– *Es konnten zwar keine FFH-Arten (wie der Eremit) nachgewiesen werden, einige Bäume eignen sich jedoch als Biotopbäume. Geschützte Käferarten der Roten Liste wurden gefunden.*

– *Mit einer geeigneten Konzeption könnte die Allee in ihrer Gänze erhalten werden und damit ihr touristisch-landschaftskultureller Wert. Lücken sollten mit Jungbäumen aufgefüllt werden (Winterlinde hierbei bevorzugen). Die Lücken würden sich innerhalb von 20-30 Jahren schließen. Einige morsche Bäume müssen entfernt werden. Bei manchen, die z.B. brüchige Kronen aufweisen, würden sich auch Kopfschnitte eignen, so daß solche Bäume auf diese Weise in Teilen erhalten werden und anschließend austreiben können.*

– *Fazit: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, diese Allee zu erhalten, wenn man denn will.*

Bäume leben länger

Rüdnitz (bbp). »Auch Bäume leben nicht ewig« titelte im August die lokale Tageszeitung, um Aussagen aus dem Allee-Gutachten des als »ausgewiesener Experte« bezeichneten Prof. Rudolph wiederzugeben. »Die Linden, Spitzahornbäume und Robinien entlang der Kreisstraße 6005 sind mehr als 100 Jahre alt und haben den Herbst ihres Daseins erreicht«, schrieb der Redakteur. Am 12.9. bekräftigte er diese Aussagen. Eine kurze Internetrecherche hätte ihn eines besseren belehren können.

»Linden erreichen Wuchshöhen von bis zu 30 m und Stammdurchmesser von bis zu 2 Metern. Sie können bis zu 1000 Jahre alt werden.« (Wikipedia)

»Der Spitz-Ahorn wird mit durchschnittlichen Höhen von 20 bis 30 m weniger hoch als der Berg-Ahorn. Er kann 150 bis 200 Jahre alt werden...« (Wikipedia)

»Robinien wachsen in der Jugend sehr schnell. Nur selten erreichen die Bäume Höhen über 25 m. Sie werden meist nicht älter als 100 - 200 Jahre.« (http://www.holz-kreuzer.de/tour/robinie.html)

Allee Rüdnitz-Danewitz-L29

Politikum und Präzedenzfall

Offener Brief an den Präsidenten des Landesumweltamtes Prof. Dr. Matthias Freude

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Freude, im Nachgang zum »Offenen Brief« vom 04.08.2006, verfaßt von Frau Cornelia Behm, Mitglied der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wende ich mich an Sie in der o.g. Angelegenheit.

Bei der Allee an der Kreisstraße K 6005 zwischen Rüdnitz und Danewitz sowie zwischen Danewitz und der L 29 (Landkreis Barnim) handelt sich u.a. um eine der ältesten und schönsten, noch zusammenhängenden Ahornalleen im Land Brandenburg. Nach dem Willen der Kreisverwaltung Barnim soll sie im Zuge von Straßenerneuerungsarbeiten in Kürze komplett gerodet werden. Demnächst wird Ihre Behörde, das Landesumweltamt Brandenburg, darüber in letzter Instanz entscheiden. Die Allee umfaßt 726 Bäume (Spitzahorn, Bergahorn, Linden, Robinien). Ein vom Landkreis Barnim in Auftrag gegebenes Gutachten des Baumexperten Herrn Prof. Dr. Rudolph aus Panketal teilt die Bäume in Vitalitätsstufen ein. Obwohl nach seiner Einschätzung nur wenige Bäume »sterbenskrank« sind, empfiehlt er eine Komplettfällung der Allee. Er beruft sich dabei auf einen Sturm, der im Sommer 2005 hier zu erheblichen Astbrüchen und zu einer mehrwöchigen Straßensperrung geführt hatte.

Ein Gefälligkeitsgutachten?

Ich selbst bin vom Fach und plädiere mit meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für den Erhalt der Allee, weil sich die meisten Bäume in einem ausreichend vitalen, standfesten und damit erhaltenswerten Zustand befinden. Nach unserer Meinung sollten nur solche Bäume – es handelt sich hier um in der Zahl wenige – sukzessive herausgenommen werden, die eine Verkehrsgefährdung aufgrund ihrer Brüchigkeit bzw. Standunsicherheit darstellen. Der besagte wütende Sturm (Windhose) war ein außergewöhnliches, örtlich begrenztes Ereignis und hätte auch in jeder anderen Allee starke Schäden verursacht. Diese Aussagen habe ich in einem Interview der Sendung Brandenburg aktuell des rbb vom 31.08.06 dargelegt.

Ich möchte betonen, daß ich nicht an der fachlichen Kompetenz des genannten Baumgutachters zweifle, mich jedoch des Eindruckes nicht erwehren kann, daß es sich hierbei um ein Gefälligkeitsgutachten für den Landkreis handeln könnte. Meine Annahme wird dadurch gestützt, daß Baumgutachten keine Empfehlungen zur weiteren Behandlung von Alleen geben dürfen, was Herr Prof. Dr. Rudolph in seinem Papier aber deutlich getan hat. Zudem ist mir noch kein Fall bekannt, in dem er in seiner Funktion als Baumgutachter für den Erhalt einer Allee votierte.

Auf einer Informationsveranstaltung am 24.08.06 zeigte sich, daß die Kreisverwaltung unter der Federführung des Wirtschaftsdezernenten Herrn Carsten Bockhardt offensichtlich nicht an sinnvollen Lösungskonzepten interessiert ist, die einen Interessenausgleich zwischen dem Straßenverkehr (notwendige Erneuerung der Fahrbahnoberfläche der Straße) und dem Naturschutz (Erhalt der Allee) anstreben. Da die Straße K 6005 aufgrund ihrer geringen Breite von 4,50 m nicht der Norm einer Kreisstraße entspricht, soll sie nach dem Willen des Landkreises auf etwa 5,50 m verbreitert werden. Zentral geht es hier um bewilligte EU-Fördermittel, die nach meinen Kenntnissen bereits im Vorfeld des jüngsten Gutachtens beantragt wurden und noch dieses Jahr objektbezogen verwendet werden müssen. Die anfallenden Kosten des geplanten Ausbaus belaufen sich nach meinen Informationen auf etwa 2,5 Mio. EUR (einschließlich Neuanpflanzung) für 6 km Strecke. Zu betonen ist, daß es sich hier um eine nachrangige Ortsverbindungsstraße im ländlichen Raum mit einem täglichen Verkehrsaufkommen von etwa 250 Fahrzeugen handelt. Deshalb sind für mich die Aussagen und Argumente der Kreisverwaltung Barnim, daß es zur Komplettrodung der Allee keine Alternativen gäbe, in weiten Teilen undurchsichtig und nicht schlüssig.

Fördermittel contra Naturschutz

Meines Erachtens kommt in diesem Fall zum Ausdruck, daß die Fördermittelpolitik des Landkreises Barnim die Naturschutzpolitik des Landes Brandenburg kontrariert. Denn nach dem Brandenburgischen Naturschutzgesetz (BbgNatSchG) vom Juni 1992 sind alle hiesigen Alleen unter Schutz gestellt. Sie dürfen »als Ganzes nicht beseitigt, zerstört, beschädigt oder sonst beeinträchtigt« werden.

Mittlerweile stellt der Fall »Allee Rüdnitz-Danewitz« sowohl ein Politikum als auch einen Präzedenzfall dar.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie daher dringend, in der Angelegenheit beispielhaft eine Entscheidung im Sinne des Erhaltes von alten Alleen zu treffen. Denn wenn diese Allee demnächst fallen sollte, wäre es auch mit dem Schutz weiterer Alleenaltbestände im Brandenburg schlecht bestellt.

Bitte machen Sie Ihren Einfluß geltend, daß uns die alten Alleenbestände in Brandenburg als wertvolle Landschaftsbestandteile sowie als ein kulturelles Gut erhalten bleiben und nach bestem Wissen und Gewissen gepflegt werden.

Dr. ANDREAS STEINER
Sachkundiger Einwohner im Ausschuß für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft
(A5) des Landkreises Barnim

Demobericht: 83. Montagsdemo am 11. September

Arbeits-»Plätzchen« vom Glücksrad

Eberswalde (em). Das Thema Kinderarmut war in den letzten Wochen wiederholt Medienthema. Daher nahm sich auch die 83. Montagsdemo in Eberswalde dieses Themas an. Die Montagsdemo fand diesmal in Finow statt. Wie schon bei zwei früheren Demos fanden sich die Demonstranten auf dem Vorplatz des Einkaufsmarktes Kaufland in der Schönholzer Straße ein. Noch vor Beginn wollte der Hausleiter des Marktes die Veranstaltung verhindern. Die Fläche vor dem Markt sei zwar öffentlich zugänglich, aber im Eigentum des Hauses und Veranstaltungen auf dieser Fläche bedürften der gesonderten Genehmigung. Die Anmelder widersprachen dieser Darstellung, denn die Fläche sei öffentlich gewidmet.

Schon im Vorfeld der Demo hatten die Organisatoren die Positionen der Handelsfirmen kennengelernt. Neben dem Hausleiter hatten auch Kaufland und AWG die Bitte zurückgewiesen, für die Demo eine Stunde lang elektrischen Strom zur Verfügung zu stellen. Auch die im selben Haus ansässige AOK lehnte das grundsätzlich ab. Folglich mußte mit batteriebetriebenen Geräten gearbeitet werden. Die Demonstranten »bedankten« sich.

Hauptrednerin Ute Frey verwies auf den Zusammenhang zwischen Hartz IV und Kinderarmut. »Kinderarmut ist eines der Gebrechen dieser Gesellschaft, wie auch die Arbeitslosigkeit«, erklärte sie. »Kinderarmut ist Teil des Umverteilungsprozesses von unten nach oben. Der Sozialstaat wird immer mehr ausgehöhlt und verdient seinen Namen schon nicht mehr. Dagegen stehen wir Montagsdemonstranten seit zwei Jahren auf der Straße und werden das auch weiter tun – auch für unsere Kinder und Enkel.«

Am offenen Mikro diskutierten die Demonstranten über die Vorschläge der »Wirtschaftsweisen«, die ALG II-Bezüge um 30 % zu senken

und dafür die Zuverdienstmöglichkeiten zu verbessern. Die Politik verstecke sich hinter »externem Sachverstand«, um dann zu behaupten, es gäbe nur diesen Weg, denn die »Weisen« hätten das auch herausgefunden. Doch die »We(a)isenknaben« wissen gar nicht, wie die Situation vor Ort ist. Ihre Vorschläge dienen nur der Umverteilung, nicht aber der Problemlösung. Eine solche Kürzung des ALG II werde die Kinderarmut enorm vergrößern und den Hunger in vielen Familien einziehen lassen.

Eine Demonstrantin fand, daß der Eberswalder Spendenskandal wohl versickern würde. Sie könne nicht erkennen, daß entsprechende Schlußfolgerungen gezogen würden.

Bürgermeisterkandidat und Montagsdemonstrant Hartwin Schulz schilderte praktische Eberswalder Beispiele, wie mit Arbeitnehmern umgesprungen wird, die durch Krankheit der Kinder Ausfallzeiten haben. Im Falle seiner Wahl, unterstrich er, werde er für mehr Gerechtigkeit in der Stadt sorgen. Auf der Demo lagen Entwürfe aus, mit denen sich Arbeitslose für eine Kandidatur als hauptamtliche Bürgermeister bewerben können. Der Text erheiterte die Demonstranten: »Aber mit Hartwin Schulz haben wir doch schon einen Kandidaten«.

Im Weiteren erklangen mehrere Lieder. Auch an Kinder war gedacht, aber die Tagespresse hatte die Einladung an die Kinder nicht mit abgedruckt. Da blieben die Erwachsenen am Glücksrad weitgehend unter sich. Mit der Nummer acht gewann der eine oder andere gar ein Arbeits-»Plätzchen«.

Die Anwesenden erhielten noch einmal Informationen für den Sternmarsch am 16. September in Berlin. Ferner wurde mitgeteilt, daß die nächste Montagsdemo am 25. September im Leibnizviertel (vor dem Strebedt-Haus) stattfindet.

Montagsdemo Schwedt: Wir werden 100



»Wir werden 100«. Unter diesem Motto trafen sich über 75 Teilnehmer zur 100. Montagsdemonstration in Schwedt. Livemusik der Gruppe Evidence, von Tobias Emmerich (Foto) und Ralf Jahnke erklang über den Platz der Befreiung.

Seit zwei Jahren demonstrieren Menschen deutschlandweit, für soziale Gerechtigkeit und gegen Sozialabbau. »Wer sich nicht wehrt – der lebt verkehrt« rief der Redner vom Ko.-Kreis Runder Tisch – Soziale Gerechtigkeit, den Anwesenden zur Begrüßung zu.

Mitsstreiter aus Angermünde und Eberswalde sowie Andreas Sult vom DGB überbrachten Grüße. Auch Brigitte Müller von der DKP Brandenburg sprach zu den Versammelten. »Frau Glückliche« und »Frau Zufriedene« nahmen in ihren Sketchen, die gesellschaftlichen Zustände aufs Korn.

KLAUS HELM, Schwedt

2 Jahre Montagsdemos in Angermünde:

Der Mut wurde gestärkt

Angermünde (kühr). Die Angermünder begrüßten Gäste aus einer Reihe von Städten, in denen gleichfalls noch Montagsdemos stattfinden: Eisenhüttenstadt, Jüterbog, Schwedt/O, Eberswalde, Berlin, Potsdam und Fürstenwalde. Sie hatten sich auf den Weg gemacht, um das Zusammenwirken der Montagsdemos im Land Brandenburg zu demonstrieren. Sie gehören zur »Sozialen Bewegung Land Brandenburg«, das regelmäßige Regionaltreffen abhält. Die Beteiligung gerade an der Jubiläumsdemo in Angermünde, einer der kleinen Städte mit viel Engagement der Montagsdemonstranten, lag allen besonders am Herzen.

Lautstark, mit vielen Transparenten, Musik und Parolen zogen die 80 Demonstranten vom Bahnhofsvorplatz durch die Altstadt zum Rathaus am kleinen Marktplatz. Birgit Kühr aus Angermünde eröffnete die Kundgebung. Rainer aus der Nähe von Jüterbog überraschte mit einem selbstgeschriebenen Gedicht. Marianne Wendt von ver.di Barnim/Uckermark mahnte zur Einheit von Arbeitslosen und Arbeitenden. Sie zeigte sich mit der Teilnahme sehr unzufrieden, denn der unsoziale Charakter der Hartz IV-Gesetze müßte doch alle Betroffenen auf die Straße bringen. Während die Angermünder Monatsdemo, wie auch Eberswalde und andere, zur Teilnahme am Sternmarsch gegen die Große Koalition und ihre »Reformen« am 16. September in Berlin aufrief, war das für Marianne Wendt kein Thema, womit sie ihren eigenen Worten von der Einheit widersprach.

Albrecht Triller aus Eberswalde berichtete von der Aufstellung des Montagsdemonstranten Hartwin Schultz als Bürgermeisterkandidat. Die Unterstützung im Wahlkampf sei eine wichtige Aufgabe der Eberswalder Montagsdemo. Tobias Emmerich aus Eberswalde präsentierte anschließend seine »Wahlkampfhymne«. Auch Vertreter weiterer Montagsdemonstrationen sprachen, darunter Michael Maurer aus Jüterbog, Hans-Jürgen Braun, Lutz Bohn für Fürstenwalde, Gabi Wallenstein für Potsdam und Fred Schirmacher für die Berliner Montagsdemo. Aus Nordhausen, Finsterwalde, Halberstadt, Dortmund, Südthüringen, Jessen, Storkow und Höxter wurden Grußbotschaften verlesen. Zwischen den Reden gab es immer wieder kulturelle Beiträge. Nach dem Auftritt einer Kulturgruppe aus Eisenhüttenstadt, erklärten »Frau Zufriedene« und »Frau Glückliche« aus Schwedt/O die Politik auf ihre Art. Birgit und Ingo aus Angermünde brillierten in einem Rollenspiel. Die Aktivisten vom »Runden Tisch soziale Gerechtigkeit« Schwedt stellten bildhaft fest, daß es in Irak, Syrien, Libanon und Iran nur um Öl und US-Weltherrschaft gehe.

Birgit Kühr bedankte sich zum Abschluß bei allen für die große Unterstützung. Auch wenn der Zuspruch bei den Angermünder Betroffenen nicht den Erwartungen entsprochen habe, sei das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Mut, weiterzumachen, gestärkt worden.

Demobericht: An der 82. Montagsdemo am 21. August in Eberswalde nahmen 110 Menschen teil

Bürgermeisterwahl als »wichtige Teilaufgabe«

Zwei Lieder von Ralf Jahnke, die er für die Eberswalder Montagsdemo geschrieben hatte, erklangen zum Auftakt der 82. Montagsdemo. Zwei Jahre sind seit der ersten Montagsdemo in Eberswalde am 23. August 2004 vergangen. Von den Medien unbeachtet, fanden sich etwa 110 Demonstranten auf dem Eberswalder Potsdamer Platz ein. Die Organisatoren waren überrascht vom Zuspruch, hatten die letzten Demos im Mai doch jeweils nur noch 20 bis 30 Leute besucht. Diesmal also mehr als 100!

Was bewegte die Leute zur Teilnahme? Die etwas längere Pause? Die Verschärfung der Hartz-Gesetze durch das »Fortentwicklungsgesetz«? Der andere Demo-Ort im sozialen Schwerpunkt der Stadt, dem Brandenburgischen Viertel? Der erste Wahlkampfauftritt des Bürgermeisterkandidaten Hartwin Schulz, selbst Montagsdemonstrant und Kandidat eines Bürgerbündnisses, dem sich die Eberswalder Montagsdemo angeschlossen hat? Die Vorbereitungsgruppe der Montagsdemos in Eberswalde wird nach Antworten suchen.

Beinahe fiel die Demo wegen des wechselhaften Wetters dieses Tages im wahrsten Sinn des Worts ins Wasser. Wegen einem plötzlichen Regenschauer mußte die Demo unterbrochen werden, um den Demonstranten Gelegenheit zum Unterstellen zu geben. Doch nach dem Regen waren alle sofort wieder am Platze. Das überraschte die Organisatoren sehr angenehm.

Leider konnte Ute Frey wegen Erkrankung nicht wie geplant die Montagsdemo moderieren. Die Demonstranten wünschten ihr baldige Genesung. Ihr vorbereiteter Redebeitrag wurde von Karl Dietrich verlesen.

Als Hauptredner des Tages trat Frank Töpfer ans Mikrofon. »Ehrlich gesagt«, begann er, »ich habe mich in diesem Vierteljahr (ohne Montagsdemos) nicht wohlgefühlt. Nicht daß ich die Demos zum Leben brauche, aber ohne Demos treiben es die Regierenden jeden Tag noch toller. Gemessen an den sozialen Schweinereien gegenüber den Arbeitslosen und den anderen sozial Schwachen müßten wir jeden Tag auf die Straße gehen, oder noch besser: wir dürfen die Straße gar nicht mehr verlassen.« Er setzte sich mit dem »Hartz IV - Fortentwicklungsgesetz« auseinander und charakterisierte das Sozialgesetzbuch als Strafgesetzbuch. Er bewertete die darin enthaltene Anwesenheitspflicht der Arbeitslosen als »Stallpflicht« und »Strafverbüßung im offenen Vollzug«. Statt der Sanktionen gegenüber unschuldigen Arbeitslosen sollten Sanktionen für die Verantwortlichen in den Arbeitsämtern und Ministerien festgelegt werden. Der Redner hatte einen Katalog solcher Sanktionen parat. »Der Widerstand gegen den Sozialabbau muß weitergehen«, erklärte er und rief zur Teilnahme an den zentralen Demos am 16. September und 21. Oktober in Berlin auf.

An der Demo nahmen auch Angermünder



»Stallpflicht für Arbeitslose«: Von Metallgittern umgeben warten Arbeitslose am Briefkasten auf Arbeitsangebote des Arbeitsamtes.

und Bad Freienwalder Bürger teil. Birgit Kühr aus Angermünde überbrachte Grüße und warb für Solidarität untereinander und für Zusammenarbeit. Zugleich lud sie zur Teilnahme an der Jubiläumsdemo am 26. August in Angermünde ein. Schriftliche Grußadressen waren aus Finsterwalde und Fürstenwalde eingegangen. Auch aus Schwedt lag eine Einladung zur Demo am 28. August vor. Entsprechende Aufrufe zur Teilnahme waren an die Demonstranten schon verteilt worden.

Albrecht Triller informierte die Teilnehmer über die Unterstützung der Eberswalder Montagsdemo für das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde«, für das der Montagsdemonstrant Hartwin Schulz als Bürgermeisterkandidat antritt. Nach einem Überblick über die aktuelle politische Situation in Eberswalde im Zusammenhang mit dem Spendenskandal und der Abwahl des Bürgermeisters brachte Albrecht Triller seine Überzeugung zum Ausdruck, daß mit Hartwin Schulz ein Kandidat antritt, der die notwendige Alternative zu den Kandidaten der Parteien verkörpert. »Es ist eine wichtige Teilaufgabe der Eberswalder Montagsdemo, diesen Kandidaten zu unterstützen«.

Diese Aussagen wurden durch Der Eberswalder Liedermacher Tobias Emmerich unterstützt diese Aussage, indem er unter großem Beifall den Wahlkampfsong für Hartwin Schulz erstmals in der Öffentlichkeit vorstellte.

Schließlich ergriff Hartwin Schulz selbst das Wort. Er äußerte sich voller Hochachtung zur Ausdauer der Montagsdemonstranten. Ihn beeindruckte stark, daß er während seines Ur-

laubs in Lübeck zufällig auf die 99. Lübecker Montagsdemo stieß. Kaum zehn Leute, aber mit ungebrochenem Willen, die Proteste fortzusetzen. Deren Grüße wurden von den Eberswalder Demonstranten begeistert aufgenommen. Die stärkere Teilnahme an der heutigen Demo sollte Anlaß sein, eine nächste Demo bald folgen zu lassen.

Hartwin Schulz erläuterte, wie sich im Widerstand gegen die aktuelle Politik bei ihm der Entschluß entwickelt hat, sich der Herausforderung einer Bürgermeisterkandidatur zu stellen. Den letzten Anstoß dafür gab die Entscheidung, die Albert-Einstein-Schule im Brandenburgischen Viertel zu schließen. Er zeigte sich überrascht, wie dankbar viele Eberswalder Bürger seine Kandidatur begrüßten und sich mit Anregungen und Erwartungen an ihn wendeten.

Schließlich griff auch er zur Gitarre und sang das Lied vom Löwenzahn. Vom Löwenzahn, der den Beton bricht und der nicht unterzuckriert ist. Der Löwenzahn ist deshalb auch das Logo des Wahlkampfes des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde«, symbolisiert durch die Pusteblume. Jeder der davonfliegenden Samen wird an einer neuen Stelle den Beton aufbrechen und neuen Samen produzieren. In diesem Sinne sollten wir alle solche Samen sein, die verkrustete Strukturen in Eberswalde aufbrechen und für Neues sorgen.

Am offenen Mikro unterstrich Dr. Günther Spangenberg, daß Hartwin Schulz der richtige Kandidat ist, um in Eberswalde eine Politikveränderungen herbeizuführen.

Tabubruch

Nun ist es also wieder soweit: der kapitalistische Zyklus hat uns wieder die Sklaverei eingebracht. Oder wie nennt man es, wenn einem die konkrete Arbeitsaufgabe diktiert und gleichzeitig das von oben festgesetzte Lebensminimum nur bei Erfüllung dieser Aufgabe zugestanden wird? Mal heißt diese Phase Reichsarbeitsdienst, mal Null-Euro-Job.

Andererseits: Warum soll die sogenannte Grundsicherung frei von jeder Gegenleistung zu erhalten sein? Kommt es nicht darauf an, ob diese Gegenleistung gerecht und im Vergleich zur Höhe der Grundsicherung auch angemessen ist? Vielleicht wäre Halbtagsarbeit für einen halben ortsüblichen Lohn eine akzeptable Größe? Vielleicht sollte man das Mietniveau an den ortsüblichen Durchschnittslohn anknüpfeln. Je mehr der Lohn sinkt, um so billiger müssten in einem freien Markt doch Wohnraum, Wasser, Energie und auch Verwaltungsakte werden. Sonst würde es ja zu einer Umverteilung zu Lasten der Ärmsten kommen. Und das wollen ja wohl laut Statuten alle mir bekannten Parteien dieser Gegend auf jeden Fall verhindern. Oder etwa nicht?

Bei der Gelegenheit sollten wir vielleicht darüber nachdenken, ob nicht auch der eine oder andere Mitbürger mit prall gefülltem Konto ein zu Unrecht arbeitsfreies Leben führt. Die Grenzen zu ehrlicher und gesellschaftlich nützlicher Arbeit sind angesichts der Zinsen, Dividenden, Spekulationsgewinne, Tantiemen, Lizenzgebühren, Aufsichtsratsbezüge, Beratungshonorare, Abfindungen und sogar weiterbezahlte Bürgermeistergehälter während disziplinarischer Beurlaubungen, die bei manchem ohne recht einleuchtende erbrachte Arbeitsleistung eingehen, sicher schwer zu ziehen. Oder warum sonst haben die Gerichte im Fall des

Eberswalder (ex-)Bürgermeisters so unterschiedlich entschieden? Wissen Sie vielleicht, wofür ihm die mysteriösen 30.000 Mark auf sein Privatkonto geraten sind? Haben wir anderen Eberswalder etwa nicht gemeinsam mit unserem Bürgermeister auf die ortsüblich saftigen Stellplatzablösegebühren der beiden großen Investoren verzichtet und damit Schulschließungen und andere Schicksalsschläge riskiert, aber dennoch kein solches Schmerzensgeld überwiesen bekommen? Unser (ex-)Bürgermeister schien sich seiner Position jedoch recht sicher zu sein und demonstrierte seinen Untertanen daher stolz seine Herrschaftsansprüche durch kühne Neujahrsansprachen im Kreise seiner Günstlinge und dann sogar noch durch eine lustige Wettfahrt mit der Polizei quer durchs Städtchen, wofür er sich vorher ausreichend Mut angetrunken hatte. Größeren BMWs sollte man als Verkehrsteilnehmer in dieser Stadt besser nicht über den Weg fahren - egal bei welcher Ampelfarbe!

An so hohe Würdenträger kommt man mit juristischen Mitteln vielleicht wirklich nicht heran, denn lange stand z.B. die ganze Eberswalder CDU bei Abwahlversuchen geschlossen hinter solch tapferem Streiter für unverzichtbarste Ehrenbürgerrechte. Aber den einen oder anderen krassen Fall von Parasitismus wird man sicher auch jenseits der ALG2-Beziehergruppe aufdecken können. Ich bin also gespannt, wen wir demnächst im Nadelstreifenanzug oder noblen Krachleder mitten in den Null-Euro-Arbeitskolonnen entdecken werden. Oder wird etwa immer noch mit zweierlei Maß gemessen? Wir werden schon sehen, wer heute einfach immer Recht hat (wie seinerzeit die Partei). Die einen früher, andere später.

PETER SPANGENBERG

Ver.di-Erwerbslosenausschuß neu gewählt

Eberswalde (cz/bbp). Der Erwerbslosenausschuß der Gewerkschaft ver.di Uckermark/Barnim wählte in der letzten Augustwoche auf seiner Sitzung im Evangelischen Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel den Eberswalder Carsten Zinn erneut zu seinem Vorsitzenden. Stellvertreterin wurde Regine Hornschuh. Als weiterer Eberswalde sitzt Dr. Andreas Steiner im erweiterten Ausschuß.

Themen wie Mitgliederschwind und künftige Ziele bestimmten die inhaltliche Diskussion. Der Zusammenschluß hat derzeit etwa 1200 Mitglieder, die man aber laut Carsten Zinn nur schlecht erreiche. Die vom Ausschuß organisierten Veranstaltungen würden nur wenig angenommen. »Es ist auch eine Mobilitätsfrage«, meint der Ausschußvorsitzende. »Wir müssen vor Ort Aktionsformen entwickeln, in denen sich auch Erwerbslose wiederfinden und einbringen können.« Für Arbeitslose kostet der Mitgliedsbeitrag bei ver.di nur 2,50 Euro im Monat, sozialrechtliche Beratung und Mitgliederzeitschrift

inklusive. »Manche begreifen uns als eine Art ADAC«, sagt Carsten Zinn. Die Gewerkschaft müsse die Mitglieder aus dem tristen Alltag herausholen und ihnen die Möglichkeit geben, sich zu engagieren. »Gerade auch für Menschen, die von den Parteien enttäuscht sind und die trotzdem politisch aktiv sein möchten«.

Der Vorsitzende gab während der Sitzung ein Resümee, erinnerte an bundesweite Protestaktionen gegen Lohndumping oder gegen Rechtsextremismus in Halbe. Vor Ort unterstützte der Erwerbslosenausschuß u.a. den Streik der Albert-Einstein-Schule. »Aktuell gilt es dafür zu kämpfen, daß die Einführung des Sozialtickets nicht nur eine Beschlußvorlage bleibt«, so Zinn. Zur besseren politischen Einflußnahme solle in Eberswalde ein Ortsverband gegründet werden, der zum Beispiel auch Ansprechpartner für Medien ist. Inzwischen wollen sich die Gewerkschafter auf den Besuch des Ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Bsirske am 26. Oktober in Eberswalde vorbereiten.

von der Montagsdemo:

Bewerbung

zum Bürgermeister für Eberswalde

Sehr geehrte Damen und Herren, der Stuhl des Bürgermeisters von Eberswalde ist durch Abwahl freigeworden. Damit ist ein Arbeitsplatz in Eberswalde freigemacht worden, den bisher ein Finowfurter Bürger innehatte.

Laut Mitteilung im Amtsblatt finden am 29.10.06 Neuwahlen statt. Bisher haben sich nur sehr zögerlich Kandidaten für dieses Amt gefunden. Der stellvertretende Bürgermeister konnte sich eine Bewerbung gar nicht vorstellen, denn er möchte sich nicht auf diesen Schleudersitz setzen.

Als Erwerbsloser und Arbeitssuchender scheue ich keine Mühe und keine Arbeit ist mir zu gering oder zu riskant, daß ich sie nicht annehmen würde. Bei mehr als 5000 Arbeitslosen in Eberswalde wundert es mich aber schon, daß sich bisher nur sechs Leute als Bürgermeisterkandidat beworben haben. Unter den Bewerbungen ist meines Wissens nur eine Person, die nicht erwerbstätig ist. Vielleicht habe ich bei der geringen Bewerberzahl eine Chance, den Job zu bekommen. Auf eine freie Stelle kommen ja in der Regel so etwa 100 Bewerber.

Außerdem muß es ja nicht sein, daß Auswärtige uns Eberswaldern den Job wegnehmen. Alle Bewerber versprechen, Arbeitsplätze zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu schaffen, aber als erste Aktivität nehmen sie sich selbst einen freien Arbeitsplatz. Wenn ich diesen Job bekomme, gibt es gleich erst mal einen Arbeitslosen in Eberswalde weniger.

Ich wäre sicher eine gute Wahl für die Eberswalder Bürger. Ich bin über die Jahre durch die Umstände zur Bescheidenheit, ja beinahe zur Bedürfnislosigkeit erzogen worden. Ich würde auch gerne einen Teil meines Gehaltes spenden, ehe ich gesetzwidrig Spenden an Land ziehe. Außerdem kenne ich die Sorgen der einfachen Menschen ganz genau und werde deshalb mit höchster Konsequenz an der Lösung ihrer Probleme, vor allem zur Überwindung der Arbeitslosigkeit arbeiten.

Ich möchte mich als Einzelkandidat für die Wahl zum Bürgermeister bewerben und bitte Sie, mir die erforderlichen Bewerbungsunterlagen zuzusenden. Ich denke, daß ich unter den 5000 Arbeitslosen in Eberswalde die notwendigen Unterstützerunterschriften erhalte. Mit freundlichen Grüßen

ein Eberswalder Arbeitsloser

Das Kapital als MP3

»Ich unterstelle natürlich Leser, die etwas Neues lernen, also auch selbst denken wollen«, schrieb Karl Marx. Für alle die nicht selber lesen wollen, aber trotzdem selber denken wollen, gibt es jetzt das Kapital von Marx als mp3: <http://www.archive.org/details/Marx-Kapital>

Erfolgreich integriert

Wenn man gerade im aktuellen Regenwetter des Spätsommers 2006 unterwegs ist, kann man kaum glauben, daß hier – zwischen uns Nordmenschen – auch Exoten prima zurecht kommen. Tanja Thiel aus Liepe beweist uns diese Anpassungsfähigkeit gleich zweifach.

Erstens fuhr sie in diesem Sommer eine Rekordernte an Südfrüchten in ihrem Garten ein. Melonen mit und ohne Streifen erreichten und überschritten die 10 kg pro Stück. Und sie waren – das bezeuge ich – weit süßer als die unreif gepflückte Konkurrenz aus der Kaufhalle. Paprika und Auberginen trotzten dem rauen norddeutschen Klima unter ihrem grünen Daumen so manches Pfund ab. Daneben experimentiert Tanja Thiel mit weiterem Gemüse des Mittelmeerraumes (Zucchini, Honigmelone). Diese Bereicherung des Speiseplans durch eigene Ernte ist also auch bei uns möglich! Wer hätte das gedacht?



Zweitens ist ja Tanja Thiel selbst keine einheimische Pflanze, sondern wuchs in Belorußland auf. Doch wie man an sieht, hat sie seit 2001 kräftig neue Wurzeln in Liepe geschlagen. Mit ihrem Ehemann Karsten Thiel erzieht sie zwei kleine Kinder, hat Garten und Haushalt im Griff und begeistert die Verwandtschaft und Bekanntschaft mit selbstgebackenen Torten und Grillfesten. Da kann man doch wohl sagen: voll integriert. Herzlichen Glückwunsch!

PETER SPANGENBERG

»Wirtschaftsweise«

Die »Wirtschaftsweise« wollen das AlgII auf 240 Euro senken. Der Druck auf Erwerbslose soll noch einmal erhöht werden. Auf wunderbare Weise entstehen 350.000 neue Jobs. Da es aber Millionen von Arbeitslose gibt, sollen die »übrig Gebliebenen« sogenannte gemeinnützige Arbeit verrichten. Dies würde wieder Arbeitsplätze kosten, da zum Beispiel ein Marktplatz nur einmal sauber gemacht werden muß. Der Druck auf die Löhne würde weiter steigen und die Binnennachfrage weiter sinken. Weiteres auch unter www.wipo.verdi.de.

DIETER KORTE

Lobbyverband der Industriekapitäne

Unternehmerverband Barnim im Gespräch mit der Stadtfraktion der Linkspartei.PDS

Eberswalde (bbp). Auf weitgehend positive Erfahrungen mit den Verantwortlichen in der Stadt Eberswalde verwies Dr. Heilmann und Günter Pianka vom Unternehmerverband Barnim e.V. anlässlich eines Gesprächs mit der Stadtfraktion der Linkspartei.PDS, das am Anfang September im Eberswalder Ratskeller stattfand. Bislang hätten Verantwortlichen in der Stadt die von den Unternehmern angesprochenen Probleme weitgehend in deren Interesse gelöst, sagte Dr. Heilmann. Die Zusammenarbeit mit den Beigeordneten Landmann und Birk sowie bis zu dessen Beurlaubung auch mit ex-Bürgermeister Schulz habe reibungslos funktioniert. Ob es um Stundungen der Gewerbesteuer oder die Freigabe von Brücken für Schwerlasttransporte ging, immer habe man eine zufriedenstellende Lösung gegeben. »So viele andere Berührungspunkte mit der Stadt haben wir nicht«, so Dr. Heilmann. »Von den ganzen Problemen, die jetzt hochgekommen sind, haben wir nichts gewußt.«

Der Unternehmerverband Barnim sieht sich als »Lobbyverband der Industriekapitäne« zu dem inzwischen mehr als 110 Unternehmer gehören. Darunter sind hauptsächlich produzierendes Gewerbe und Service-Unternehmen, weniger Handelstreibende. Dementsprechend habe der Unternehmerverband auch ein spezielles Profil, das ihn von anderen Unternehmerverbänden, wie z.B. WIR, unterscheidet. Mit dem vergleichsweise üppigen Mitgliedsbeitrag will man diesen Unterschied bewußt pflegen.

Hinsichtlich der Bedeutung der Ansiedlung neuer Investoren befragt, meinten die Unternehmervertreter, ihnen sei es erstmal wichtiger, die bestehenden Unternehmen zu unterstützen. Zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete nahmen die beiden eine dementsprechend skeptische Position ein. Eigentlich gebe es zu viele Gewerbegebiete, die der öffentlichen Hand nur unnötige Kosten bescheren. Als wichtiger wird die Vergabe öffentlicher Aufträge an heimische Unternehmen angesehen. In Bayern klappe das, warum nicht im Barnim? Dennoch äußerten sich Heilmann und Pianka skeptisch gegenüber dem Vorschlag des anwesenden wirtschaftspolitischen Sprechers der PDS-Landtagsfraktion Ralf Christoffers, im

Land ein Vergabegesetz auf den Weg zu bringen. »Man muß die Leute vor Ort von der Notwendigkeit von regionalen Vergaben überzeugen«, sagte Dr. Heilmann, »wenn die nicht wollen, helfen auch keine Gesetze«. Im Prinzip seien die vorhandenen rechtlichen Regelungen ausreichend. Die Stadt müsse letztlich die Voraussetzungen schaffen, daß die Unternehmer vernünftige Arbeit leisten können. Die für Vergaben Verantwortlichen müßten begreifen, daß Dumpingpreise nicht alles sind. Einheimische Unternehmen könnten es sich beispielsweise schlicht nicht leisten, schludrig zu arbeiten.

Hoffnungen setzen die Unternehmer in die Einstufung Eberswaldes als Wachstumskern. Mehr Gewicht sollte die Gesundheitsbranche erhalten, in der es im Kreis Barnim 2.500 bis 3.000 Beschäftigte gibt. Wichtig sei, die Abwanderung zu stoppen. Die Stadt stehe hier in der Verantwortung, indem attraktive Wohnstandorte angeboten werden. Die Unternehmervertreter begrüßen in diesem Zusammenhang auch den in Angriff genommenen Bau von Park&Ride-Parkplätzen am Bahnhof. Denn jeder Pendler sei ein potentieller Abwanderer. Die eventuell mögliche Erhebung von Parkgebühren wäre da sehr schlimm.

Günter Pianka wies darauf hin, daß die meisten Unternehmer durchaus zu ihrer sozialen Verantwortung stehen. Für sie seien nicht zuletzt auch die weichen Standortfaktoren wie Schule, Sport, Freizeit und die touristische Infrastruktur von großer Bedeutung. Als Standortvorteil wird in jedem Fall auch die Fachhochschule gesehen.

Als sog. harten Standortfaktor brachte Ralf Christoffers den Flugplatz Finow in die Diskussion. Die Flugplatzgesellschaft sind Mitglieder des Unternehmerverbandes, sagte Günter Pianka. Die Herren Wolk und Otto seien an Sacharbeit interessiert und wollten nicht so sehr an die Öffentlichkeit. Man müsse wegkommen von den großen unverbindlichen Plänen, ergänzte Dr. Heilmann, hin zu kleinen Schritten, endlich anfangen zu arbeiten. »Die Leute«, so Pianka, »die nur ihre Ruhe haben wollen, verkennen die Möglichkeiten, die in der Entwicklung des Flugplatzes liegen«. Ralf Christoffers nickte.

Lichtblick für Langzeitarbeitslose

Das monatelange Drängen von Arbeitslosenverbänden, Gewerkschaften und der Linksfaktion im Bundestag hat sich gelohnt: Am 5. September gab der Haushaltsausschuß 230 Mill. Euro an Eingliederungsmitteln des SGB II frei und hob damit die Sperre der Gelder teilweise auf. Das ist ein Lichtblick für Langzeitarbeitslose, gerade im Osten. Mit diesen Mitteln können neue Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie ABM finanziert werden. Ende Mai hatte der Ausschuß 1,1 Mrd. Euro

dieser Eingliederungsmittel gesperrt. Damit drohte ab Herbst die flächendeckende Lahmlegung der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose. Meine Aufforderung an die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Bierwirth, sich für die Aufhebung der Sperre einzusetzen, blieb übrigens bis heute ohne Antwort. Ich fordere, nunmehr die gesamte Summe von 1,1 Mrd. Euro freizugeben, statt sie einzusetzen, das Mißmanagements beim AlgII zuzudecken.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Widersinnige Stilllegungspläne

»Der Protest muß gebündelt werden«

Die vorgesehene Stilllegung der Strecke Eberswalde-Templin ist besonders widersinnig. In den letzten 2 Jahren wurden 15 Millionen Euro in den Ausbau dieser Strecke investiert. Hohe Fördersummen flossen in die Restaurierung des Kaiserbahnhofes, sowie in Kultur- und Tourismusprojekte wie die »Kulturschiene« und den Wasserturm Joachimsthal. Das Radwegeangebot wurde vorbildlich ausgebaut. Und nun will man die Schienenanbindung dieses touristisch bedeutsamen Raumes kappen.

Die Stilllegungspläne widersprechen auch dem Ziel, Eberswalde als Wachstumskern und Mittelzentrum mit zahlreichen Funktionen für das Umland zu stärken. Gerade werden hier rund 2 Millionen Euro in das Bahnhofsumfeld investiert, um den ÖPNV attraktiver zu machen. Doch anstatt die Chance zu nutzen, durch die verkürzten Fahrzeiten ins Berliner Zentrum neue Kunden zu gewinnen, werden potentielle Fahrgäste abgeschreckt und Stammkunden verärgert.

Massiv von den Kürzungen betroffen wäre auch das gerade mit einem Wartungsstützpunkt in Eberswalde ansässig gewordene Bahnunternehmen ODEG.

Auf der Strecke Eberswalde-Templin ist ein vollständiger Ersatz durch Busse kaum mög-

lich. Die Busse würden sicher nicht in einem Taktfahrplan einschließlich Wochenende fahren und die Beförderung von Fahrrädern wäre in Frage gestellt.

Auch die Aufrechterhaltung einer Teilstrecke Eberswalde-Joachimsthal ist das falsche Ziel. Die Orte Friedrichswalde und Ringenwalde müssen angebunden bleiben und auch Templin sollte weiter von Eberswalde aus per Bahn erreichbar sein. Jede Stilllegung führt zu Lücken im Netz und macht den ÖPNV insgesamt für Touristen unattraktiver, da man sich nicht mehr darauf verlassen kann, im ländlichen Raum ein Angebot vorzufinden. In der jetzigen Situation kommt es daher darauf an, daß alle an einem Strang ziehen, um die geplanten Stilllegungen im Barnim in Gänge zu verhindern. Hier ist auch die Stadt Eberswalde als direkt betroffene Gemeinde gefordert.

Nur zu protestieren ist allerdings zu wenig. Der Landkreis und die Kommunen sollten vielmehr überlegen, wie der ÖPNV attraktiver werden kann. Durch Streckenoptimierung im Busverkehr, komfortable Umsteigebeziehungen zur Bahn, sinnvolle Haltestellenstandorte u.a. könnten weitere Fahrgäste gewonnen werden.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Abbestellen ist der falsche Weg

Zu den Plänen des Verkehrsministeriums, im Rahmen der Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes den Verkehr auf der Bahnstrecken Eberswalde-Templin und Basdorf-Wensickendorf zum Fahrplanwechsel 2007 abzubestellen, erklären die Barnimer Landtagsabgeordneten Ingeborg Kolodzeike, Margitta Mächtig und Ralf Christoffers:

Die geplante Abbestellung dieser Leistungen hat gravierende Folgen für die Mobilität der Menschen in der Region, für deren touristische Anziehungskraft und wirtschaftliche Attraktivität. Sie würde letztlich wohl die endgültige Einstellung des gesamten Bahnverkehrs auf den betroffenen Strecken bedeuten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß in Zukunft auf diesen Strecken irgendwann der Verkehr wieder auf-

genommen wird. Es ist genauso unwahrscheinlich, daß die entfallenden Leistungen der Bahn komplett durch Busse ersetzt werden. Damit aber sind gerade die schwächsten der Gesellschaft vom Leben noch mehr ausgeschlossen, als sie das ohnehin schon sind. Diese Einschnitte werden vor allem Schüler, Senioren und Berufspendler besonders hart treffen, ganz zu schweigen von der Gefahr des Abbaus bestehender Arbeitsplätze. Leistungen in einem solchen Umfang abzubestellen ist der falsche Weg. Die Kürzung der Regionalisierungsmittel muß durch den Bund zurückgenommen bzw. aus Landesmitteln kompensiert werden. Unsere Fraktion wird mit Nachdruck diese Forderung in die Haushaltsdiskussion einbringen.

VEIKO KUNKIS

RWE mißbraucht Marktmacht

Während die Bundesnetzagentur die Senkung von Netzgebühren gerichtlich durchsetzen muß, planen die Stromkonzerne offenbar schon die nächste Strompreiserhöhung. Maßnahmen zur Regulierung drohen vor der Macht der Monopole zu verpuffen. DIE LINKE wird dem Bundestag ein Paket von Maßnahmen vorlegen, um dem Treiben ein Ende zu machen. Die Verstaatlichung der Netze ist der konsequenteste Weg aus der Misere. Wo Kraftwerke und Netze den gleichen Marktinteressen

unterliegen, wird dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Strom- und Gasnetze gehören deshalb in die öffentliche Hand. Gegenüber 2005 können die Netzgebühren halbiert werden. Darüber hinaus muß die Genehmigung der Strom- und Gasnetze bei den Ländern bleiben. Die Aufsichtsrechte sind zu erweitern, Verbrauchern ist dabei ein stärkeres Mitspracherecht einzuräumen. Ziel muß sein, bezahlbare Energiepreise durchzusetzen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Alte Tomatensorten

Fotoschau mit Rudolf Behm

Bad Freienwalde (bbp). Mit einer Fotoschau im »Haus der Naturpflege« in Bad Freienwalde informiert der Eberswalder Mulchgärtner Rudolf Behm über seine Erfolge bei Anbau und Zucht alter Tomatensorten.

Ein Vortrag von Ulrich Schulz vom Verein zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg (VERN. E.V.) in Greiffenberg brachte Rudolf Behm im März 1997 auf die Idee, den Anbau alter Kultursorten im eigenen Garten zu probieren. Noch im gleichen Jahr besorgte sich der heute 75-jährige Diplomchemiker, Forstmeister und Mitautor des Buches »Mulch total – Garten der Zukunft« von Kurt Kretschmann zehn Tüten Tomatensamen aus Greiffenberg und brachte ihn in seinem Garten aus.

Inzwischen hat er gemeinsam mit seiner Frau etwa vierzig alte Sorten ausprobiert. Um gegen Braunfäule gefeit zu sein, hat Rudolf Behm sein Tomatenbeet überdacht. Liebessorte der Familie Behm ist die aromatische »Black Plumb«, wegen ihrer Wuchshöhe von bis zu drei Metern allerdings außerhalb des überdachten Beetes angebaut wird.

Am 20. September wird Rudolf Behm im Freienwalder »Haus der Naturpflege« über seine zehnjährigen Erfahrungen mit Tomaten in naturnahen Mulchgärten berichten. Interessierte Besucher können sich hautnah mit dem Aussehen und dem Geschmack der verschiedenen Tomatensorten vertraut machen.

Waldbewirtschaftung prüfen

Eberswalde (bbp). Die AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim bereitet derzeit für die PDS-Vertreter in den Barnimer Gemeinden mit Kommunalwald eine Initiative vor, mit der eine wirtschaftliche und ökologisch nachhaltige Waldbewirtschaftung erreicht werden soll. Das vor einigen Jahren geänderte Landeswaldgesetz läßt inzwischen zu, daß die kommunalen Waldbesitzer frei entscheiden können, wen sie mit der Bewirtschaftung Ihrer Waldflächen beauftragen möchten. Dazu sei eine öffentliche Ausschreibung nötig. Die Städte Nauen, Strausberg, Templin und Fürstenwalde haben dies bereits getan, die meisten Brandenburger Kommunen jedoch noch nicht.

Dort werden die Wälder nach wie vor von der Forstverwaltung des Landes bewirtschaftet, die trotz Subventionierung durch das Land in allen betroffenen Gemeinden rote Zahlen schreibt. So wird beispielsweise der Eberswalder Haushalt jedes Jahr durch den kommunalen Wald mit 60.000 bis 80.000 Euro belastet.

Die AG Umwelt wendet sich abei grundsätzlich gegen eine Privatisierung des Waldes, was zuweilen aus CDU-Kreisen vorgeschlagen wird. Die aktuelle Bewirtschaftung solle jedoch einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Flugplatz Finow:

SPD-Finow lädt ein

Der SPD-Ortsverein Finow lädt zu einem öffentlichen Informations- und Diskussionsabend über neue Entwicklungen beim Flugplatz Finow und zur Verkehrsinfrastruktur ein. Die Veranstaltung findet am 26. September um 18 Uhr im Gasthaus »Omas Waschküche« statt.

Als Gäste werden der Geschäftsführer der Wirtschafts-Verkehrs-Zentrum Finow GmbH & Co KG (WVZ) Reinhard Otto, und der SPD-Bürgermeisterkandidat für Eberswalde, Thomas Engel, erwartet.

»Die SPD-Finow«, sagte SPD-Sprecher Dr. Andreas Steiner, »hat sich frühzeitig für einen ökonomisch sinnvollen und ökologisch verträglichen Ausbau des Regionalflughafens Finow stark gemacht. Dieses Ziel werden wir auch in Zukunft verfolgen. Aus infrastruktureller Sicht wäre es eine ideale Option, wenn der Flugplatz Finow und das Gewerbegebiet in Finowfurt um den Real-Markt die Anbindung an eine ausgebauten Biesenthaler Straße (Telekomstraße) erfahren. Hierbei würde der Hauptverkehrsstrom nicht direkt durch ein Wohngebiet geleitet werden. Folglich bestünden weniger Reibungspunkte mit den Anwohnern.«

Sorgen ernst genommen

Die Eberswalder Wirte und Hotelbetreiber blicken mit Sorgen in die Zukunft. Sie sagen, sie hätten bisher das Gefühl, die Verwaltung arbeite nicht immer mit ihnen zusammen. Sie beklagen das Erscheinungsbild der Stadt, das vor allem an den Ortszufahrten wenig einladend sei. Sie wünschen sich ein Wegweisersystem für gastronomische Einrichtungen, das es in anderen Städten längst gibt. Und sie wollen dringend ein besseres Marketing.

Ich nehme diese Sorgen sehr ernst. Ich halte es für wichtig, vor dem Beginn von Baumaßnahmen mit den Wirten und Gewerbetreibenden gemeinsam akzeptable Lösungen zu finden. Bei der Fortsetzung der Altstadtanierung sollen die Interessen der Gewerbetreibenden und der Gastronomie stärker Berücksichtigung finden. Die nun einmal mit dem Bau des Kreishauses begonnene Umgestaltung des Zentrums bietet jetzt die einmalige Chance, gemeinsam mit Gastronomen, Händlern und Gewerbetreibenden eine lebendige Innenstadt zu gestalten.

Die Eberswalder Wirte brauchen auch zugkräftige Volksfeste, in deren Vorbereitung und Durchführung sie aktiv eingebunden werden. Natürlich kann die Verwaltung nicht aus der Verantwortung für öffentliche Ordnung und Sicherheit herausgenommen werden. Aber eine attraktive Stadt können wir nur alle gemeinsam schaffen. Wir brauchen einen Stadt-Umland-Vertrag, der die touristische Gestaltung der Region zum Schwerpunkt macht. Dazu gehören für mich auch ein vernünftiges Marketing-Konzept und ein touristisches Wegweisersystem.

HANN-DIETER HARTWIG,
Bürgermeisterkandidat der Linkspartei.PDS

In Eberswalde wird gewählt

Neuer Bürgermeister braucht Visionen, Führungskraft und Kommunikationsfähigkeit

Am 29. Oktober sind die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ein neues Stadtoberhaupt zu wählen. Mehr als ein Jahr her ist es dann, seit der alte Bürgermeister den Stuhl im Rathaus verließ. Zunächst beurlaubt, dann suspendiert, schließlich abgewählt.

Die Arbeit im Rathaus ging weiter. Die Rathausmitarbeiter haben die Stadt und uns zuverlässig verwaltet. Als würde der Verwaltungschef nicht fehlen.

Aber Eberswalde steht vor wichtigen Entscheidungen. Die Weichen für die künftige Stadtentwicklung sind zu stellen. Es werden neue Leitbilder und Wirtschaftskonzepte geschrieben, Stadtteilplanungen neu formuliert. Die Verwaltungsmitarbeiter gegen ihr Bestes. Doch wie sollen sie über ihren Schatten springen? Sie können nur aufschreiben, was schon in den vergangenen 10 Jahren üblich war. Und so erhalten alte Visionen, über die die Zeit längst hinweg ging, in den aktuellen Planungen noch einmal eine neue Verpackung.

Am 29. Oktober entscheiden die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger, ob ein neuer Schwung in die Stadt kommt. In Eberswalde sind Visionen gefragt, Führungsqualitäten sowie eine intensive und lebendige gesellschaftliche Kommunikation. Visionen und Führungserfahrung hatten Reinhard Schulz 1995 seinen überwältigenden Wahlerfolg beschert. Auch ein gesellschaftlicher Diskurs kam damals in Gang, der indes bald stagnierte. In den ersten Ausgaben der »Barnimer Bürgerpost« ist das bezeugt. Trotz mangelnder gesellschaftlicher Kommunikation, trotz persönlicher Schwächen und falscher Freunde, bestimmte Reinhard Schulz, der sich heute von seiner Mama in der Öffentlichkeit verteidigen läßt, zehn Jahre lang die Eberswalder Politik. Jene, die den alten Bürgermeister aus Eigennutz hofierten oder ihm mangels eigener Ideen hinterherliefen, haben jetzt ein Problem. Alte Bequemlichkeit ist in Gefahr. Aufgescheuchtheit. Spürbar auch in der Redaktion der »Barnimer Bürgerpost«, die plötzlich mit Ratschlägen überhäuft wird, wie unsere Zeitung zu schreiben ist.

Am 29. Oktober wird gewählt. Aber noch kam keine(r) der sechs Kandidaten so richtig aus sich heraus. Noch fehlt der Plan.

Die Stadt Eberswalde verfügt über erhebliche Potentiale. In den letzten fünfzehn Jahren ist viel Neues hinzugekommen. Wir haben eine ordentliche Infrastruktur in der Stadt, das Stadtzentrum wird gerade aktiviert und man weiß eine funktionierende Verwaltung im Rathaus. Gewerbegebiete entstanden, die Einzelhandelsangebote vervielfachten sich und viele schicke Kultur- und Freizeiteinrichtungen warten auf ihre Besucher. Durch die Fachhochschule kommen jedes Jahr viele neue junge Leute in die Stadt. In der Metallbranche haben sich zukunftsträchtige Firmen gehalten, die

Gesundheitsindustrie wird zunehmend zu einem bestimmenden Wirtschaftsfaktor und schließlich bietet Eberswalde den verschiedensten Behörden Raum, darunter jener des Landrates, der bald am besten Platz der Stadt residieren wird. Diese Liste ließe sich fortsetzen, so manches Wahlprogramm besteht daraus. Nicht alles Entstandene ist ideal. Doch nun ist es da.

Zukunft muß auf dem Vorhandenen aufbauen. Es ist das beste daraus machen. Das bedeutet aber auch, daß die bisherige Investitionspolitik keiner Fortsetzung bedarf. Es sind fast alle Straßen gebaut, die wir benötigen. Einen zweiten Hafen brauchen wir nicht, auch keinen für Flugzeuge. Einen dritten Freizeitpark würden wir kaum verkraften. Vor 20 Jahren hatten wir ein Wohnungsproblem. Auch das ist gelöst.

Dumm wär jetzt, zu »investieren«, um das Aufgebaute wieder abzureißen. Das Vorhandene muß nun erhalten und effektiv genutzt werden. Statt immer nur neue Straßen zu bauen, hat jetzt Priorität, die alten instand zu halten. Statt in Beton, ist in Bildung, Kultur, Sport und Freizeit zu investieren. Im Ökonomendeutsch wird das in die Rubrik »weiche Standortfaktoren« gefaßt. Die Eberswalderinnen und Eberswalder müssen von ihrer Stadt Besitz ergreifen.

Am 29. Oktober wählen sie einen Bürgermeister, der ihnen genau das ermöglichen soll.

Will der neue Rathauschef Visionen umsetzen, muß er führen können. Es gilt, das Potential der Stadtverwaltung effektiv zu nutzen und Verschwendung zu verhindern. Der Bürgermeister muß die richtigen Aufgaben stellen, die Mitarbeiter motivieren, ihre Kreativität und Selbständigkeit fördern. Nur zufriedene Verwaltungsangestellte können die anspruchsvollen Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erfüllen.

Der neue Bürgermeister wird nur bestehen können, wenn es ihm gelingt, die Stadtverordneten hinter sich zu bringen. Dazu braucht er Ideen und Intelligenz.

Für einen Infrastrukturbürgermeister mag es ausgereicht haben, gut mit bestimmten Bauunternehmen und Planungsbüros zu kommunizieren. Für die Zukunft hingegen brauchen wir eine intensive und lebendige gesellschaftliche Kommunikation, in der alle Bevölkerungsgruppen und alle Stadtteile gleichberechtigt einbezogen sind. Dem neuen Bürgermeister kommt die Aufgabe zu, dies zu organisieren, die Menschen mitzureißen ohne einzelne Gruppen zu verprellen. Statt Widersprüche schön- und wegzureden, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das auf gemeinsame und solidarische Lösung von Problemen setzt.

Die Ansprüche sind hoch. Fünf Männer und eine Frau wollen sich dem stellen.

Am 29. Oktober wird in Eberswalde ein neuer Bürgermeister gewählt.

GERD MARKMANN

HauptAusschußSitzung

Eberswalde lechzt danach, endlich wieder positive Schlagzeilen zu machen. Herr Hensch versucht es deshalb einmal mit einem Lampion-Rekord im Guinnessbuch der Rekorde. Eberswalde ist bescheiden geworden. Leider mißlang auch das.

Der Spendenskandal sitzt Eberswalde immer noch in den Knochen. Normal wäre, daß man das Problem beim Schopfe faßt, analysiert, Schlußfolgerungen zieht und zügig umsetzt. Normalerweise. Aber nicht so in Eberswalde.

Seit Aufdeckung des Spendenskandals ist ein Vierteljahr vergangen. Einer Anzeige folgten eine Hausdurchsuchung und ein Ermittlungsverfahren. Es gab eine Sondersitzung der StVV zu diesem Problem. Die Abwahl des Bürgermeisters erfolgte unter diesem Vorzeichen überraschend klar. Auch der Tierparkdirektor geriet ins Blickfeld. Rücktrittsforderungen an den amtierenden Bürgermeister wurden laut. Die Kandidaten für das frei gewordene Bürgermeisteramt wurden nominiert und alle fordern einen Neuanfang.

In der ersten Septemberwoche nahmen die Organe der Stadtverordnetenversammlung die Arbeit nach der Sommerpause wieder auf. Am 7. September tagte der Hauptausschuß. Er befaßte sich, sichtlich widerwillig, mit Anträgen zum Thema Spendenskandal. Zwei Anträge der Fraktion Allianz freier Wähler und eine Verwaltungsvorlage »Maßnahmekatalog gegen Korruption für die Stadtverwaltung«. Zwar steht in der StVV am 21. September auch die »Stellungnahme zur überörtlichen Prüfung« zur Diskussion und Beschlußfassung, für den Hauptausschuß war sie aber kein Gegenstand. Vielleicht hätte die vorherige Debatte über diesen Bericht dem Hauptausschuß eine etwas andere Richtung gegeben. So aber fehlte der Beratung über die Anträge die notwendige Analyse der Ausgangssituation.

Die Aussage von Dr. Spangenberg, die Korruptionsanfälligkeit sei besonders bei den Oberen gegeben, stieß auf Verwunderung, ja fast Empörung. Bisher gäbe es doch nur ein Ermittlungsverfahren. Es gelte daher die Unschuldsvermutung. Die Frage nach der Verantwortung

des Einzelnen sei eine sehr schwierige Frage und erfordere noch viele Untersuchungen und Prüfungen, sprang Herr Müller seinem Chef bei und berichtete von Konsultationen beim Kommunalen Arbeitgeberverband. Herr Kikow fürchtete gar, man müsse sich bei Einzelnen entschuldigen, wenn man zu weit vorprellt.

Nachdem Herr Kikow meine Wortmeldung lange genug übersehen hatte, erteilte er mir das Wort. Er wisse ja, daß ich als Ortsbürgermeister Rederecht hätte (eine nochmalige Wortmeldung ließ er aber nicht zu, denn ein Abgeordneter wäre ich nun wieder nicht). Meine Forderung nach Sofortmaßnahmen, die im Maßnahmekatalog nicht enthalten sind, begründete ich am Beispiel, daß eine Spendenanahmeanordnung über 200.000 Euro nicht von der StVV, nicht vom Bürgermeister, nicht vom Kämmerer oder der Leiterin des Finanzdienstes vorgenommen wurde – sondern von einer Finanzdienstmitarbeiterin. Als keine Antwort kam, setzte Herr Boginski nach, es könne wohl nicht sein, daß so verfahren würde. Noch einmal gab Herr Müller Rechtsunterricht. Gesetzliche Regelungen seien das eine, spezifische verwaltungsrechtliche Regelungen das andere, so einfach wäre das nicht. Zwar bin ich unsicher, ob er mit der Antwort Herrn Boginski befriedigte. Für mich versuchte er einfach nur, durch Gesetze fixiertes Recht zu verbiegen und umzuinterpretieren, aber keine Antwort darauf gegeben, ob auch künftig eine Mitarbeiterin des Finanzdienstes eine Annahmeanordnung über 200 TEuro unterschreiben dürfe.

Eigentlich gibt es auch gar nichts mehr zu regeln, zumindest nicht in der Haushaltsstelle Gemeindeorgane, erklärte Herr Landmann, denn mit Spendeneingängen sei an dieser Stelle ohnehin nicht mehr zu rechnen, und falls doch, würden sie ab dem Haushaltsjahr 2007 direkt zugeordnet.

So war für diesmal aller Widerstand abgeplättet. Die Verwaltungsvorlage ging mit Änderungen durch. Der Rest war Ausschuß. Die Nagelprobe für den »Eberswalder Neuanfang« kommt in der StVV am 21. September.

ALBRECHT TRILLER

Ein moderner Zweckbau*

In einem Leserbrief an das Barnim-Echo vom 23. August bezeichnete Hans-Dietrich Grundmann das neue Kreishaus auf dem früheren Pavillonplatz als Attraktion. Er hat sicher recht. Auch der Einschätzung, unsere Stadt sei »nach der Wende viel schöner« geworden, ist zuzustimmen. Leider trägt die neue Attraktion zu letzterem nur wenig bei.

Die an das Kreishaus angehängte Pappe als »erkennbar schöne Fassade« zu bezeichnen, zeugt entweder von der erstaunlichen Fähigkeit, alles schön reden zu können, oder aber von Geschmacksverirrung.

Mit dem neuen Kreishaus entsteht im Eberswalder Stadtzentrum ein moderner Zweckbau. Viel Geld wird dafür ausgegeben. Das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Geld, mit dem sparsam umzugehen ist. Die Eternitfassaden sind die Sparvariante. Kann man irgend etwas dagegen einwenden? Wohl kaum. Dieses Kreishaus repräsentiert den Landrat mit seiner Kreisverwaltung genau so, wie sie sind.

Und so, wie sich das unsere Stadt und wir als ihre Bürgerinnen und Bürger gefallen lassen.

GERD MARKMANN

* Leserbrief an die MOZ, dort bislang nicht veröffentlicht

Im Bildungsausschuß des Kreises: Kultur nach Gutsherrenart

Nach Scheitern eines Versuchs der CDU im Herbst 2005, Gelder der Kulturförderung für Wirtschaftszwecke »umzuwidmen«, wurde die Verwaltung dieser Gelder jetzt aus bewährten Händen auf das Amt für Strukturförderung übertragen. Dessen Leiter Dr. Benfer, verlängerter Arm von Vizelandrat Bockhardt, hat damit bisher keinerlei Erfahrung. Im Streit um die Änderung der Kulturförderrichtlinie lehnten es Verwaltung und CDU/SPD-Mehrheit ab, das neu eingebrachte Kriterium »Verbessertes Marketing für den Wirtschaftsstandort Barnim« zu definieren. Wie können so Antragsteller nachweisen, es zu erfüllen? Die Verwaltung kann über die Anträge nach Gutdünken entscheiden.

Abgelehnt wurde auch der Antrag, Förderung auszuschließen, »wenn der kommerzielle und nicht der kulturelle Zweck der Veranstaltung im Mittelpunkt steht.« Die mit der Veränderung der Richtlinie verbundene Absicht dürfte somit klar sein. Damit der Ausschuß Bildung und Kultur (A 7) sich ganz gewiß nicht mehr quer legen kann, erklärte die Vorlage die Entscheidung über die Anträge auf Zuwendung zur Sache der laufenden Verwaltung. Der A 7 sollte lediglich über die Entscheidungen informiert werden!

Dank Quotenregelung (30% für »Events«, 45% für Veranstaltungsreihen, nur noch 25% für die übrigen Projekte) kann nun Geld für profitträchtige Wirtschaftsveranstaltungen abgezweigt werden, bzw. darf Kultur der Dekoration von Kommerz dienen – der Auftrag der Unternehmer an die Koalition ist erfüllt. Ansonsten enthält das Papier viel handwerklichen Pfuscher (schlecht durchdachte Kriterien für förderfähige Vorhaben und für eine Punktebewertung der Anträge). Eine Bereinigung dieser Schwächen verweigerte Benfer – sei es, weil genauere Festlegungen nur hinderlich wären, oder weil eine Wiedervorlage die Verabschiedung im Kreistag verzögert hätte.

Die Messen schienen gesungen, dennoch rummte es während des Kreistags etwas. Nach Kritik am Versuch, den Kulturausschuß ganz aus den Entscheidungen auszuschalten, kam ein fauler Kompromiß zustande, der wenigstens das demokratische Gesicht wahrte. Der Ausschuß darf zwar Entscheidungen über Anträge ändern, aber nur im Rahmen der nunmehrigen »Marketing-Richtlinie«. Damit war Frieden geschlossen; Linkspartei.PDS und Grüne stimmten nunmehr dem Geldklau zu. Und jene Eberswalder, die Kultur sowieso schon immer für Geldverschwendung gehalten haben, dürfen sich schon mal auf Bürgermeister Bockhardt freuen.

ROLF RICHTER

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

»Gemeinsam gegen Rechts«

Eberswalde unterstützt Delmenhorst

Aus der nationalen und internationalen Presse ist umfangreich zu entnehmen, daß ein als rechtsextrem eingestuft Rechtsanwalt plant, in der Innenstadt von Delmenhorst ein Hotel zu erwerben (vgl. BBP 8/2006).

Die Folgen dieses Planes, dort möglicherweise ein Schulungszentrum zu erreichen, hätten weit mehr als einen Imageschaden für die Stadt Delmenhorst zur Folge. Es hat sich daraufhin ein großer öffentlicher Widerstand gegen das Vorhaben gebildet.

Der 1. Beigeordnete der Stadt Eberswalde, Lutz Landmann, hat gemeinsam mit den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung ein Schreiben an die Stadt Delmenhorst gesandt mit der Erklärung, daß sie die Bemühungen, kein rechtsextremistisches Schulungszentrum in Delmenhorst entstehen zu lassen, unterstützen. Für das Vorhaben der Stadt Delmenhorst, das Hotel möglicherweise selbst zu erwerben, hat Eberswalde eine Spende von in Höhe von 500 Euro auf ein eigens dafür eingerichtetes Treuhandkonto nach Delmenhorst überwiesen. Das Geld wird bei nicht zustande kommen des Kaufes wieder an die Spender zurück überwiesen. Anonyme Spenden kämen einem karitativen Zweck zugute.

Der Oberbürgermeister von Delmenhorst, Carsten Schwettmann, ist an die Stadt Eberswalde herangetreten, auch die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger zu informieren und um Unterstützung zu bitten. Unter den Internetseiten www.delmenhorst.de kann man sich über den aktuellen Stand der Dinge informieren. Spezielle Hinweise über Unterstützungsmöglichkeiten gibt es unter www.fuer-delmenhorst.de. Wer über keinen Internetanschluß verfügt, wendet sich bitte an: Stadt Delmenhorst, Geschäftsstelle Verwaltungsvorstand Städtepartnerschaft, Rathausplatz 1, 27749 Delmenhorst, oder per Telefon. 04221 – 99 2021, Fax: 04221 – 99 1266, E-Mail: christoph.schabler@delmenhorst.de. Geldspenden bitte überweisen auf die Kontonummer: 139 222 4, BLZ: 280 501 00 LZO Delmenhorst, Empfänger: Stadt Delmenhorst, Vermerk: Aktion »Hotel am Stadtpark«.

Pressestelle der Stadt Eberswalde

Spendenstand (12.9.2006): 902.055 Euro, Unterstützer, die sich auf der Homepage »fuer-delmenhorst« eingetragen haben: 8.455. Weitere Links: www.keine-nazischule-in-delmenhorst.de, www.delmenhorst-sagt-nein.de

»Leben auf dem Land«

Zum nächsten »Klosterdorfer Sonntag« lädt der ÖkoLeA e.V. am 1. Oktober ein. Nach ausgiebigem Frühstück und einer Führung durch Gebäude und Gelände des Bildungsvereins steht die Diskussion zu einem gesellschaftspolitischen Thema auf dem Programm. Diesmal geht es um das »Leben auf dem Land«. Beginn ist 11 Uhr, die Teilnahme kostet fünf Euro.

KZ-Außenlager in Eberswalde-Eisenspalterei:

Zwangsarbeiterinnen in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Auf Einladung des Geschichtswissenschaftlichen Instituts (GWI) Eberswalde besuchten Anfang September drei ehemalige Insassen des Eberswalder Außenlagers des KZ Ravensbrück aus der polnischen Hauptstadt Warschau eine Woche lang die Stadt Eberswalde. Holger Kliche begrüßte die drei Frauen und ihren Betreuer am 3. September auf dem Bahnhof Eberswalde. Im Quartier angekommen,

wurden die ehemaligen KZ-Häftlinge, die in den Ardetlwerken bis 1945 Zwangsarbeit verrichten mußten, mit Brot und Salz nach altem Brauch nochmals auf das Herzlichste begrüßt.

Janina Wyrzykowska und Marianna Bogusz hatten bereits im März 1999 erstmals den Leidsort ihrer Jugend besucht (BBP 3 u. 4/1999). Auch Wacława Galeszowska ist nicht zum ersten Mal in Eberswalde. Sie gehörte zu der Delegation, die im November 2004 in Eberswalde weilte (BBP 12/2004).

Eine Woche lang besuchten sie die verschiedenen Stätten, nahmen an Begegnungen und Gesprächsrunden teil und trafen mit deut-



Empfang am Eberswalder Bahnhof. Auf dem Bild (v.l.n.r.): Hendrik Wyrzykowski (Betreuer), Holger Kliche (GWI), Janina Wyrzykowska, Marianna Bogusz, Wacława Galeszowska, Robert Malinowski (GWI).

schen und polnischen Schülern der Oberschule Mitte aus Eberswalde und dem Gymnasium 2 aus Police im »Internationalen Camp II« zusammen.

Am 6. September berichteten die ehemalige Zwangsarbeiterinnen im Evangelischen Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel von ihren Erlebnissen und beantworteten die Fragen der Diskussionsteilnehmer. Dieses Gespräch diente auch zur Vorbereitung auf die **Ausstellung »Arbeits- und KZ Außenlager in und um Eberswalde«**, die vom 17. bis 22. September 2006, jeweils 9 bis 18 Uhr im ev. Gemeindezentrum zu sehen sein wird.

Ein nicht vergessenes Denkmal

Wie an jedem zweiten Sonntag im September öffnen sich die Türen zu so mancher historischen Sehenswürdigkeit. Es ist der Tag des offenen Denkmals.

Ein Denkmal, täglich sichtbar, ist das für die Opfer des Faschismus auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz. Gepflegte Grünanlagen umgeben das aus grauem Naturstein geschaffene Denkmal. So manch Besucher unserer Stadt stellt sich die Frage nach der Bedeutung dieses Denkmals. Die Inschriften : »Ehrung – Mahnung – Verpflichtungen« und »Unrecht brachte Millionen den Tod« sind verwittert, kaum noch lesbar. (Vielleicht sollte die Stadtverwaltung einmal überlegen, wie die Inschriften neu gestaltet werden können oder wenigstens eine kleine Hinweistafel, die an so einigen Gedenksteinen in Bernau fehlt.)

So war es auch diesem Wochenende. Radtouristen wunderten sich, daß sich an einem Sonntagmorgen mehr als 60 Menschen mit Blumen an diesem Denkmal trafen und der Opfer des Faschismus und des Krieges gedachten. Der Sonntag, der 10. September, ist nicht nur der Tag des offenen Denkmals sondern auch der Internationale Gedenktag für die Opfer des Faschismus.

Wie in jedem Jahr hatten der Stadtverband der Linkspartei.PDS, die AG Gedenkstätten beim KV der Linkspartei.PDS und die AG Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und Ausländer beim SV der Linkspartei.PDS zu einer stillen Kranzniederlegung unter dem Motto »Gegen das Vergessen« eingeladen. Unter den Teilnehmern waren neben Vertretern der DKP Bernau, der WASG, auch zahlreiche Frauen und Männer jüdischen Glaubens aus unserer Stadt.

Spontan ergriff Dr. Harald Ueckert, Mitglied des Barnimer Kreistages, das Wort zum Gedenken. Er erinnerte an die unzähligen Opfer des Faschismus und des Krieges. Er verwies darauf, daß von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgehen darf und auch darauf, daß wieder Deutsche in Kriegsgebieten auf unsere Erde eingesetzt werden.

Ein nicht vergessenes Denkmal – nicht vergessen sollte auch der Ausspruch von B. Brecht sein »Der Schoß ist fruchtbar noch«. Dieses Gedenken am Bernauer OdF-Denkmal dokumentiert zugleich, Bernau duldet keine Neonazis, keine Fremdenfeindlichkeit und keinen Ausländerhaß.

HANS-GÜNTHER SPANGENBERG, Bernau

Diskussionsforum der DKP Barnim in Eberswalde:

»Brauchen wir heute eine kommunistische Partei?«

Warum können wir Linke denn nicht einig sein, warum müssen wir uns immer wieder spalten? So oder ähnlich wurden wir an unseren Infoständen in Bernau oder in Eberswalde gefragt, und im Hintergrund stand oft unausgesprochen der Vorwurf, warum seid ihr Kommunisten nicht in der PDS. Konkret wurde diese Diskussion jetzt auch mit der beabsichtigten Schaffung der Neuen Linken.

Dies war für die Grundorganisation Barnim der DKP Veranlassung, am 21. August in Eberswalde zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Thema »Brauchen wir auch heutzutage eine kommunistische Partei?« einzuladen. Obwohl eine Reihe von Genossinnen und Genossen der Linkspartei.PDS, die Interesse zeigten und ihr Kommen zugesagt hatten, wegen einer dann zeitgleich angesetzten Mitgliederversammlung ihrer Partei nicht teilnehmen konnten, fand sich doch eine diskussionsfreudige Runde zusammen. Außer einer Reihe von Mitgliedern der Barnimer DKP stand die Landesvorsitzende der DKP Brandenburg Brigitte Müller als Diskussionspartner zur Verfügung.

Klarheit bestand in dieser Runde darüber, daß unser Leben zunehmend durch Arbeitslosigkeit, wachsende Armut bei immer mehr Reichtum in den Händen weniger, Perspektivlosigkeit vor allem junger Menschen, Umschlag von rechten bis faschistischen Gedankengutes und ausufernde Gewalt gekennzeichnet ist. Und nicht zuletzt durch die Tatsache, daß das Führen von Kriegen mit Beteiligung deutscher Soldaten wieder zur Normalität geworden ist. All das löst Ängste und Besorgnisse aus, die viele als schicksalhaft gegeben hinnehmen. Man kann ja doch nichts dagegen tun!

Wir Kommunisten wissen jedoch, daß all diese Erscheinungen ihre Ursache in der auf Profitmacherei orientierten kapitalistischen Gesellschaft haben. Wir ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß es nicht ausreicht, an dieser Gesellschaft irgendwelche Korrekturen vorzunehmen. Die kapitalistische Ordnung ist nicht in der Lage, die Probleme der Menschheit zu lösen. Sie muß in einem von der Mehrheit der Menschen getragenen revolutionären Prozeß überwunden werden, in dessen Ergebnis die Eigentums- und Machtverhältnisse grundlegend verändert werden.

Damit diese Erkenntnis sich nicht verbreitet, werden alle Möglichkeiten der Massenbeeinflussung aufgeboten. Den Menschen wird eingeredet, daß sie in der bestmöglichen aller Gesellschaften leben. Aus diesem Grunde wird marxistisches Gedankengut aus dem öffentlichen Leben verbannt, werden seine Befürworter mundtot gemacht und verfolgt. Alle in diesem Lande wirkenden Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, führen mehr oder weniger offen eine Politik durch, die der Sicherung und Mehrung der Profite des großen Kapitals und des Reichtums der Vermögenden dient.

Wenn wir sagen, alle Parteien, dann nehmen wir davon die Linkspartei.PDS nur bedingt aus. Wesentliche Kräfte, die in der Partei führende Positionen einnehmen und die Politik der Partei bestimmen, üben zwar vor allem in den Parlamenten Kritik an vielen negativen Erscheinungen, stellen diese Gesellschaft aber nicht grundsätzlich in Frage. Daran ändert auch nichts, daß noch viele überzeugte Marxisten und auch Kommunisten Mitglied der Partei sind. Aber nicht sie bestimmen den Charakter der Partei, auf deren Politik haben sie keinen bestimmenden Einfluß.

So erübrigt sich die Frage, ob es neben der nichtkommunistischen Linkspartei.PDS auch eine kommunistische Partei geben muß. Sie muß! Nur mit ihr haben Kommunisten und alle antikapitalistisch orientierten Menschen die Möglichkeit, eigenständig und ohne Rücksicht auf andere Befindlichkeiten, für jeden Interessierten deutlich erkennbar eine Politik auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, wie er von Marx, Engels und Lenin entwickelt wurde, durchzuführen. Sie bewahrt und entwickelt damit unsere wissenschaftliche Weltanschauung und bemüht sich, diese zu propagieren und damit dazu beizutragen, daß sich die Ängste der Menschen in konkretes Wissen um deren Ursachen und in aktives politisches Handeln umsetzen. Und nicht zuletzt ist die kommunistische Partei auch Kristallisationspunkt und Stütze für all diejenigen, die sich ihre kommunistische und antikapitalistische Überzeugung bewahrt haben, ohne einer kommunistischen Partei anzugehören.

Gerade letzteres war ein Hauptpunkt der Diskussion in Eberswalde. Noch zu viele, die sich als Kommunisten und Antikapitalisten verstehen, fanden noch nicht den Weg in eine kommunistische Partei. Aber Politik kann ein Kommunist nur gemeinsam mit anderen machen. Jede Politik im stillen Kämmerlein oder isoliert voneinander hat kaum gesellschaftliche Wirkung. Deshalb haben sich die in Eberswalde anwesenden Nicht-Parteimitglieder verabredet, in Zukunft als Gruppe gemeinsam mit Mitgliedern der Partei wirksam zu werden.

Wir Kommunisten in der DKP-Gruppe Barnim sehen uns einig mit allen, die gegen die herrschende kapitalistische Ordnung ankämpfen und dabei das sozialistische Ziel nicht aus den Augen verlieren. Darum sehen wir es auch als eine gute Sache an, daß sich die brandenburger Landesvorstände der DKP und der KPD sowie der Landessprecherrat der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS auf gemeinsame politische Grundsätze und auf einen Aktionsplan geeinigt haben, die Grundlage für eine Zusammenarbeit aller Kommunisten und Sozialisten in unserer Region sein können. Und darauf werden wir sicher noch öfter zu sprechen kommen.

KURT NOBST

Schönere Ortseingänge

Die Fachhochschule Eberswalde plant mit der Gemeinde Althüttendorf, die Ortseingänge gestalterisch aufzuwerten. Im Rahmen der Projektinitiative »Kooperationswerksatt« trafen sich Vertreter der Gemeinde und des Amtes Joachimsthal am 6. September mit Vertretern des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin, des Kulturlandschaft Uckermark e.V. und der Fachhochschule.

Amtsleiter von Joachimsthal Dirk Protzmann und Bauamtsleiter Eberhard Schröder führten die 20 Teilnehmer durch den Ortsteil Althüttendorf. Den Gästen fielen dabei der regionaltypische und attraktive Charakter und die liebevollen Details im alten Dorfkern auf. Es wurde aber auch empfohlen, daß man den Dorfkern vor ortsuntypischen Baumaterialien und Baustilen schützen sollte. Prof. Jürgen Peters von der FH Eberswalde gibt zu bedenken, daß »das regionaltypische Ortsbild nicht nur historisch wertvoll und prägend für diese Region ist, es zieht auch Touristen an«. »Insbesondere der Radweg um den Grimnitzsee wird immer stärker frequentiert« bestätigt Schröder. Zum Schwerpunkt der Diskussion wurden die Ortseingänge von Althüttendorf, die dem attraktiven Ortskern nicht gerecht werden. Alle Teilnehmer waren sich einig, daß der Zugang von der B 198 zur Ortsmitte unscheinbar und das Umfeld des Bahnhofes unattraktiv ist.

Die Fachhochschule Eberswalde wird ab Herbst mit Studierenden eine Ortsbildanalyse und Vorschläge für die Neugestaltung der Ortseingänge in Althüttendorf ausarbeiten. Dabei wird die Analyse und Planung kooperativ mit den lokalen Akteuren durchgeführt. Bürgerbeteiligung ist für die Akzeptanz von Planungen wichtig und z.B. für Bauleitplanungen gesetzlich festgeschrieben. Allgemein werden Bürger aber oft zu spät oder nicht bürgernah informiert. Die »Kooperationswerkstatt« der FH Eberswalde hat sich das Ziel gesetzt, Studierende im Bereich der Umweltplanung in kooperativen Planungsmethoden verstärkt zu unterrichten. Die in einem europäischen Verbund durchgeführte Projektinitiative wird mit Mitteln der Europäischen Union gefördert. Weitere Informationen unter: www.fh-eberswalde.de/K1348.htm.

KERSTIN GREVE



Der Kindergarten Villa Kunterbunt in Finow feierte am 9. September den 50. Jahrestag seines Bestehens. Die Kinder gestalteten ein buntes Programm für ihre Eltern und die anderen Gäste.

Eberswalder Montagsdemo ruft auf zur Teilnahme am

Sternmarsch gegen die Große Koalition und ihre »Reformen«

Bundesweite Demonstration am Sa. 16.09.06 in Berlin

Teilnehmer finden sich bitte bis 9.30 Uhr zur gemeinsamen Zugfahrt auf dem Bahnhof Eberswalde ein. Wir fahren mit dem Brandenburg-Ticket. Die Kosten werden im Bedarfsfalle übernommen. Zugabfahrt ist 9.49 Uhr über Berlin Hauptbahnhof nach Ostbahnhof. Von dort mit dem Sternmarsch zum Alexanderplatz. Abschlußkundgebung um 15.30 Uhr am Brandenburger Tor. Wieder in Eberswalde 18.07 Uhr.

Eberswalder Montagsemo

Veranstaltungsreihe »Roter Faden«

»Grüne Gentechnik«

Die Linkspartei.PDS Eberwalde startet am 27. September die neue Veranstaltungsreihe »Roter Faden«. In regelmäßigen Abständen werden in Podiumsdiskussionen Themen aus völlig unterschiedlichen Bereichen beleuchtet. Den Anfang macht die Veranstaltung »Gentechnik – Wunderwaffe oder Schuß in den Ofen?«

Mittwoch, 27. September 2006 um 19 Uhr in der Bierakademie, Eisenbahnstraße 27

Über die Vor- und Nachteile von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft werden Thomas Janoschka vom Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik, Daniel Fischer von der FH-Studentengruppe GENug und Christian Rehmer von der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim debattieren. Nach einem einführenden Vortrag wird das Thema mit den anwesenden Eberswalderinnen und Eberswaldern diskutiert. Die Veranstaltung ist kostenlos und alle Interessierte sind herzlich eingeladen.

Nächster Termin: 1.10.2006, 19:00 Uhr: Bürgerhaushalt für Eberswalde

CHRISTIAN REHMER

Zur Allee bei Rüdnitz (nach Redaktionsschluß):

Die MOZ ist schlecht informiert

Rüdiger Thunemann von der Märkischen Oderzeitung hat schlecht recherchiert. In seinem heutigen Artikel »Streit um Allee geht weiter« behauptet er wiederum, daß in dem Gutachten von Herrn Professor Rudolph von zwei Dritteln stark oder sehr stark geschädigter Bäume die Rede ist. Das ist falsch, wie Herr Professor Rudolph am 24. August auf der Informationsveranstaltung der Kreisverwaltung selbst ausführte. Wo waren Herr Thunemann und der von ihm zitierte Herr Jankowiak vom Bauordnungsamt an diesem Tag, als Professor Rudolph in Anwesenheit von Herrn Bockhardt, Herrn Dr. Benfer, weiteren Mitarbeitern der Kreisverwaltung und vor den Naturschutzverbänden sein Gutachten erläuterte? Jedenfalls nicht im Saal, sonst würden sie nicht diese Fehlinformationen verbreiten.

Hier nochmal die Fakten: Es stehen noch 726 Bäume, davon sind nach Prof. Rudolphs

Gutachten 47 sehr stark geschädigt (*zunächst hieß es 74 – vgl. BBP 8/2006*), 211 stark geschädigt. Das sind zusammen 35,5 Prozent. Lassen Sie sich doch mal von Herrn Jankowiak das Gutachten zeigen, Herr Thunemann, und lesen Sie selbst.

Professor Rudolph erläuterte bei der Veranstaltung ebenfalls, daß es in der Allee kein gravierendes Standsicherheitsproblem gibt. Das beträfe maximal zwei Bäume. Bruchsicherheit ist dagegen ein Problem, und zwar weil nach dem Sturm von 2005 **immer noch kein ordnungsgemäßer Pflegeschnitt** erfolgte.

Machen Sie also erst einmal Ihre Arbeit, Herr Jankowiak! Und die heißt Baumpflege, nicht Rodung. Sonst bekommen Sie tatsächlich ein Problem beim nächsten Sturm, nämlich ein Haftungsproblem.

KARL-HEINZ RÜDNITZER, www.der-ruednitzer.de

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseeestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Hinweis

Wie zu bisherigen Wahlen bereits mehrfach praktiziert, bietet wir auch zur aktuellen Bürgermeisterwahl in Eberswalde interessierten Parteien und Vereinigungen an, mittels Beilage zur »Barnimer Bürgerpost« für ihre Positionen zu werben. Entgelt nach Vereinbarung.

GERD MARKMANN, Redakteur

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseeestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: B90/Grüne, PDS, Kliche, Markmann, Triller (4)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 9. September 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 7.10.2006, 12 Uhr.